

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, ausföhr. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. April 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 37.

Die christlichen Gewerkschaften.

XXIII.

Am meisten tun sich die christlichen Gewerkschaftsführer darauf zugute, daß sie nicht wie die modernen Gewerkschaften den Klassenkampf pflegen. „Friede sei ihr erst Geläute!“ Mit diesem Wahlsprüche glaubten die christlichen Gewerkschaften die Unternehmer zur Anerkennung ihrer Arbeiterwünsche gewinnen zu können. Die Unternehmer aber haben die christlichen Gewerkschaften ausgelacht und deren Mitglieder nicht anders behandelt wie jeden andren Arbeiter. Noch in seinem Jahresbericht über den Gesamtverband für 1907 („Westdeutsche Arbeiterzeitung“ vom 27. Juni 1908) bettelt Stegerwald das Unternehmertum an, indem er sagt: „... Auch für die Bedürfnisse und die Lage der Industrie im allgemeinen haben die christlichen Arbeiter volles Verständnis...“ Auch davon spricht Er, daß der Streik auf die Dauer nicht mehr zu den regelrechten Kampfmitteln, sondern zu den anormalen gerechnet werden könne. Wir meinen, daß dort, wo die Unternehmer ein „volles Verständnis“ für die Lage der Arbeiter haben, diese sich in gedachtem Sinn auch revanchieren können, aber wo ist dies der Fall? Und wenn der Streik als „regelrechtes Kampfmittel“ ausschalten soll, so liegt es auch hier wieder am Unternehmertum. Indem die christlichen Gewerkschaftsführer immer den Anschein zu erwecken suchen, als ob bei den modernen Gewerkschaften der Kampf Lebenszweck und Endziel sei, kann nicht bestimmt genug darauf hingewiesen werden, daß unsre Gewerkschaften niemals den Kampf als Selbstzweck ansehen. Es ist für sie ein bitteres Muß, dem bis zum Äußersten mit allen legalen Mitteln begegnet wird. Die halstarrigen Unternehmer, die oft in böswilliger Weise einen Kampf heraufbeschwören, sind es, daß so viel wirtschaftliche Kämpfe geführt werden müssen. Herr Stegerwald nennt offene Türen ein, denn der Arbeiter kämpft nur dann, wenn jede Verständigung unmöglich gemacht ist, und diese Erfahrung haben im reichen Maße die christlichen Gewerkschaften ebenfalls hinter sich — trotz ihres Willens zum Frieden und ihrer Friedensbetuerungen. Herr Stegerwald hätte sich also sein „volles Verständnis“ schenken können, das ihm die „Kreuzzeitung“ wie folgt quittierte:

Daß die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren allzu häufig auf der Seite der sozialdemokratischen Gewerkschaften gestanden und bei den Arbeitgebern vielfach die Überzeugung geweckt haben, daß es ihnen mit dem Bekanntheit zu einer „Christlichen“, d. h. einer sittlichen, vor allem einer gerechten Berufsauffassung nicht allzu ernst sei, braucht nicht gesagt zu werden. Die einseitige Organisation der Arbeiter zu dem einzigen Zwecke, für sich günstigere Bedingungen zu erkämpfen, führt mit Notwendigkeit auf beiden Seiten zu einer egoistischen Auffassung des Verhältnisses von Rechten und Pflichten, und es wäre sehr erfreulich, wenn das in dem Jahresberichte konstatierte bessere Einvernehmen immer mehr in die Tat umgesetzt würde.

Das ist bitter, aber verdient, denn wenn der Arbeiter seine Lage verbessern will, hat er keine erstens „christliche und sittliche Auffassung“. Trotzdem man die Großkapitalisten anhimmelt und jetzt wieder der christliche Gewerkschaftsführer Behrens im 18. hannoverschen Wahlkreise für den

Bund der Landwirte Agitationsreden hält! Wenn auch nicht die „Kreuzzeitung“, so hatte doch die „Deutsche Treue“ (Nr. 20 vom 12. Juli 1908), das Organ der gelben Gewerkschaften, ein „volles Verständnis“ für den Bericht des Herrn Stegerwald, denn es „hofft, daß die christlichen Gewerkschaften sich noch siegreich zur Stellung des Bundes (Gelben) durchbringen werden. Bei echter christlicher Gesinnung und wahrer Liebe zum Vaterlande kann es nicht schwer sein!“ Daß die christlichen Gewerkschaften angeblich im Sinne der Gelben wirken, behauptete vor kurzem erst das „Neue Münchner Tagblatt“, indem es in einer Polemik mit der „Rationalzeitung“ schreibt, „daß für die Arbeiterschaft, für die Vertretung der Arbeiterinteressen unter gleichzeitiger Wahrung der Interessen der Arbeitgeber die christlichen Gewerkschaften vollständig ausreichend und die gelben Gewerkschaften einfach überflüssig sind“. Die christlichen Gewerkschaften sind also ein völlig ausreichender Ersatz für die „Gelben“ und für die Wahrung der Interessen der Arbeitgeber. Schließlich ist es Herr Stegerwald, wenn er nur auf seine zentrielmäßige Rechnung kommt, völlig gleich, ob seine Gutenbergblinder christlich oder gelb sind — und diesen auch.

Es ist aber eine „alte Weste“, daß dort, wo die christlichen Arbeiter ihr konstitutionelles Recht im Arbeitsverhältnisse fordern, ihnen gerade die millionenreichen Unternehmer am rücksichtslosesten entgegenreten. Da bleibt es sich ganz gleich, ob der Arbeiter atheistisch oder positiv christlich gesinnt ist. In dieser Beziehung finden wir ein klassisches Stück aus der Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung in der Schrift: „Freiherr von Stumm-Galberg und die evangelischen Geistlichen im Saargebiete. Göttingen. Vandenhoeck & Rupprecht. Preis 60 Pf.“ Gleichzeitig aber auch ein Beweis dafür, warum sich die Geistlichkeit an die Gründung von Arbeitervereinen herannachte. Es heißt nämlich auf Seite 26, nachdem geschilbert ist, daß der erste Streik der Bergleute 1889 angeblich „unter Führung des Kaplan Dasbach und seiner Mütter und unter vielfacher Mitwirkung des katholischen Klerus“ ins Leben trat und den „unzweideutigen Beweis für den beherrschenden Einfluß des Ultramontanismus auf die Arbeiterkreise“ abgelegt habe:

Als dann in derselben Zeit die kaiserlichen Erlasse erschienen und der kaiserliche Ruf zur Mitarbeit der Kirche erschallte, als der Oberkirchenrat gleichermäÙen in begeisterten Worten zur sozialen Arbeit aufrief, als ferner im weitern Verlaufe der Streikbewegung die Zeitung den Händen der ultramontanen entglitt und die Gefahr täglich wuchs, daß die Sozialdemokratie das Erb der selben antreten werde, als die sozialdemokratische Parteileitung ihr Auge auf das Saargebiet richtete und ein Liebknecht von den Bergleuten als „Genosse“ zu einer Versammlung berufen werden konnte, als infolge dessen Anzeichen der Entfremdung der Arbeiter gegenüber den evangelischen Geistlichen immer bedenklicher hervortraten — da trat eine große Zahl von uns in die soziale Arbeit ein durch Gründung von evangelischen Arbeitervereinen.

Wie überall bei den Freunden der christlichen Arbeiterbewegung ist auch hier die Furcht vor der Sozialdemokratie das treibende Motiv. Und welche Mühe haben sich die saarabischen Geistlichen gegeben, sich das Wohlwollen des Herrn Stumm zu ver-

dienen! „Nie haben wir die Arbeiter erregt, nie gegen die Arbeitgeber geredet“, „eine 1893 aufgestellte Statistik über die Beteiligung der Mitglieder unsrer Vereine an dem Streik hat ergeben, daß dieselben nur in ganz geringer Zahl mitgestreift haben“, ferner hätten sich die Arbeitervereine verpflichtet, „sich jeder Empfehlung und Verbreitung der „Hilfe“ zu enthalten“, Organ des Pfarrers Naumann, trotzdem dieser im Saargebiet einen Vortrag „voll von beherzigenswerten, tief sittlichen und religiösen Wahrheiten“ gehalten, „wir gehören der christlich-sozialen Partei nicht an... und verurteilen die Auswüchse dieser wie jeder andren Partei“ usw. mit Grazie. Man sollte nun denken, gegenüber einer solchen Lammfrommen „Arbeiterbewegung“ hätte selbst ein Stumm „ein volles Verständnis“ haben müssen. Weit gefehlt. Die Christlich-sozialen werden von ihm als „auf dem Boden der sozialen Revolutionsparteien stehend“, als „bewußte oder unbewußte Helfershelfer der Sozialrevolution“ bezeichnet. In seinen Wohlfahrtsanstalten verbot er die Verbreitung des „Evangelischen Wochenblatts“, so daß sich die Herren Geistlichen resigniert zu der Erkenntnis aufschwangen, daß v. Stumm ein „prinzipieller Gegner jeder Art von Arbeiterorganisation und darum auch ein prinzipieller Gegner christlicher Arbeitervereinigungen“ sei. So blieb denn der betreffenden Geistlichkeit weiter nichts übrig, als sich in ihr Schicksal zu fügen und Lamentationen darüber anzustimmen, daß „die katholisch-soziale Tätigkeit unbehelligt“ bleibe. Sehr lehrreich ist es, wo die Schrift (Seite 41) über die katholische Konkurrenz klagt und feststellt, daß ein und derselbe katholische Geistliche Vorsitzender sowohl des Verbandes der katholischen Arbeitervereine als auch des Volksvereins sei und daß v. Stumm dies gestatte.

Aus diesem Schulbeispiel — denn der Stumms gibt es noch Tausende — mögen die christlichen Arbeiter ersehen, daß sie die Scharwenzelei ihrer Führer zur wirtschaftlichen Ohnmacht verurteilt. Diese aber mögen einmal nachlesen, was in früheren Jahren Zentrumsblätter und Zentrumsagitatoren über den Kapitalismus geschrieben haben, um weniger wegwerfend über die Kampfpoffition zu schimpfen, in die der Kapitalismus die Gewerkschaften gedrängt hat. So zitiert Erdmann (Seite 149) folgende Auslassungen aus dem Bochumer Zentrumsblatte, der „Westfälischen Volkszeitung“ (1884):

Durch die kapitalistische Produktionsweise wird die Bildung großer Vermögen auf der einen Seite und täglich größern Umfang annehmendes Massenelend auf der andren Seite gefördert. ... Rücksichtslose Selbstsucht ist nun einmal die Triebfeder des Kapitalismus, der nicht nur den Arbeiter ausbeutet, sondern sich auch Staat und Gemeinde dienstbar zu machen weiß. ... Wenn das so weiter geht, wird das deutsche Volk alsbald ein großer Haufen von Bettlern sein, über den die Großkapitalisten als Sklavenhalter herrschen.

Für die Lage dieser Großkapitalisten hat aber Stegerwald ein „volles Verständnis“! In seinen jungen Jahren hat Kaplan Hize (Erdmann, Seite 68) sogar der Revolution das Wort geredet, fe als „geistige Taten“, als „ein Stück Weltgericht“, als einen „Kampf der freien Persönlichkeit“, einen Kampf „des Fortschritts gegen den Stillstand, des erworbenen Rechts gegen das erworbene Recht, des persönlichen Verdienstes gegen das vererbte Ver-

dienst" usw. bezeichnet. Vom Streik sagt Hize (Seite 377):

Wiewohl der Streik ebenso wie der Krieg nur als notwendiges Übel berechtigt ist, so ist uns doch auch der organisierte, offene, ehrliche Streik lieber als der zügellose, auf Willkür und Verrat gegründete von heute. Es ist eine Schande, wenn Arbeiter die Gelegenheit benutzen, sich in die vakanten Stellen ihrer streikenden Genossen einzubringen — ein Verrat der Standesehre für die Arbeiter und eine Unethik, wenigstens eine Verletzung der No-blesse von Seiten des Arbeitgebers. Mag der Arbeiter selbst den Streik ungerechtfertigt finden, so muß er doch so viel Standesgefühl besitzen, daß er seinen Vorgesetzten nicht im Stiche läßt, wenigstens nicht die Gelegenheit benutzt, den auf einen Augenblick verlassenen Platz für sich zu nehmen.

Herr Hize scheint den Gutenbergbund vorausgeahnt zu haben, und auch die zahlreichen Streikbrechereien der Christlichen Spiegel sich recht hübsch in diesen Sätzen wider. Zu dem Aufruf an die christlich-nationale Arbeiterchaft (Oktober 1906) bemerkte damals (Erdmann, Seite 507) die Zeitschrift des evangelisch-sozialen Kongresses „Evangelisch-sozial“:

Die Behauptung, es gebe keinen Klassenkampf, ist ein Spiel mit Worten, das nicht entscheidet, so lange nicht klar und deutlich festgestellt ist, was man sich denn unter diesem vielgebrauchten und vielgeschmähten Ausdruck eigentlich zu denken habe. Gibt es eine Arbeiterklasse und bestehen Klassenverhältnisse, wie der Aufruf ausdrücklich feststellt, hat weiter diese Arbeiterklasse als geschlossene Einheit um ihr Recht zu kämpfen gegen eine ebenso oder noch mehr geschlossene Unternehmereinheit (wie im Bergarbeiterstreik), stehen sich hier prinzipiell scharf Standes- und Klassenunterschiede gegenüber, zwischen denen keine Brücke hin- und herführt, so wird man süßlich von einem Klassenkampfe reden und weiter es der Arbeiterchaft nicht übernehmen dürfen, wenn sie ihre Wieder zu diesem Kampfe egeriert, stählt und waschsam macht. . . . Man sollte darum auf der christlich-nationalen Seite vorzüglich mit der unbedingten Verwerfung des Klassenkampfes sein — um so mehr wenn man in der Praxis sich meistens mit den Begnern eins weiß und es selber nicht anders macht. Erinnerung doch der vorlesete Absatz des Aufrufs: „Vertraut auf eure eigene Kraft“ usw., recht sehr an das berühmte Programmwort: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein.“ Natürlich haben sie ganz recht, wenn sie vor allem von ihrer eigenen Kraft das meiste erwarten, mehr noch als von den bürgerlichen Parlamentariern.

Man kann dieser Definition nur beipflichten, denn dort, wo durch Friedensschlüsse und Tarifverträge „keine Brücke hin- und herführt“, bleibt eben nur der Kampf übrig. Und im richtigen Sinne gewürdigt, ist es zutreffend, daß der Arbeiter nur auf sich selbst vertrauen kann. Nur auf dem Boden einer strengen Geschlossenheit der Organisation, was gleichbedeutend mit deren Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, wird für die Gewerkschaften die Vorbedingung geschaffen, in jeder Beziehung ihre Mitglieder als gleichberechtigten Faktor in der Kulturentwicklung zur Geltung bringen zu können. Das ist der einzige Weg zur Freiheit und Gleichheit. Vorläufig sind wir aber noch nicht so weit, denn laut ertönt im Wirtschaftsleben noch das Kampfgewölbe. Deshalb hört man hier und da selbst in christlichen Arbeiterkreisen Anklänge, die stark an Karl Marx erinnern. So schrieb im Mai 1908 der christliche „Solzarbeiter“:

Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln muß jenen Kollegen die Überzeugung beigebracht werden, daß sie die Kosten der Erhaltung besserer Daseinsbedingungen in der Hauptsache selbst aufzubringen haben. Der Grundsatz: „Die Hebung des Arbeiterstandes muß das eigne Werk des Arbeiterstandes sein“, gilt sowohl vom ganzen Stand, als auch von einzelnen seiner Teile.

In einem Flugblatte des christlichen Metallarbeiterverbandes aus dem Jahre 1908 heißt es: „Der hat die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß.“ Auf dem internationalen Kongress in Zürich („Zentralblatt“ Nr. 18 von 1908) schloß Giesberts seine lange Rede mit den Worten: „Bedenken wir stets, daß in dem Wort etwas Wahres ist: Die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selber sein.“ Auf dem christlichen Gewerkschaftskongresse 1900 in Frankfurt a. M. forderte der Referent Braun (München) eine allgemeine Streikliste für ganz Deutschland, indem er darauf hinwies: „Zwei Drittel alles dessen, was der Arbeiter an Verbesserung seiner Lage aufzuweisen hat, mußte durch

Kampf und Streik errungen werden. . . Die Unternehmer müssen unsere Macht fürchten, sonst sind wir ohne Einfluß. . .“ Damals meinte noch Giesberts, daß wir „treu zu unseren kämpfenden Brüdern stehen müßten“, den freien Gewerkschaften, die nach seiner heutigen Auffassung keine sittlichen Grundsätze haben, sondern im Materialismus verfunken sind. Auf dem Breslauer Kongresse (1906) meinte ein Redner: „Die Arbeiter leiden zwar heute nicht unter einer Ausnahme-gesetzgebung, aber praktisch werden sie vielfach nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt; sie haben sich die Gleichberechtigung erst zu erkämpfen.“ Selbst Giesberts erklärte: „Stets haben die unteren Klassen um ihre Rechte kämpfen müssen und auch wir müssen darum kämpfen“ — trotzdem eine Abweicheung der Unternehmern von der christlichen Weltanschauung „nicht statthaft“ ist! Giesberts sprach auch von „jenen Leuten, die poßend auf ihren Besitz, sich das schrankenlose Herrtentum über die Arbeit anmaßen, die uns laut und deutlich die Gleichberechtigung abstreiten, die schon die Zugehörigkeit zu einer Arbeiterorganisation als ein strafbares Vorgehen auffassen.“ Der christliche „Solzarbeiter“ erklärte („Korr.“ Nr. 128 von 1907): „Gewerkschaften müssen Kampforganisationen sein. Entbehren sie dieses Charakters, so erfüllen sie in der gegenwärtigen Zeit nicht ihre Aufgabe.“ In demselben Blatte gab ein Führer der christlichen Solzarbeiter seine auf einer Agitationstour durch Hessen gemachten Erfahrungen zum besten und spöttelte über die recht „schlappen Gesellen“, die er dort getroffen, denen als Klassenkampf der Streik um einige Pfennige Lohnerhöhung gelte. Wörtlich schreibt der Mann dann folgendes:

Über die Zukunft unsers Verbandes in Mitteldeutschland ist ich recht weisig. Soviel steht jedoch fest, daß in nächster Zeit hier kaum Massen zu gewinnen sind. Man kann dies ruhig auf das Konto der sozialdemokratischen Erziehung zu Spießbürgern schreiben. Tieferes Denken hat man die Arbeiterchaft nicht gelehrt. . . . Hier haben die christlichen Gewerkschaften die Erziehung Klassenbewußter Arbeiter in die Hand zu nehmen. . . .

In der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ (Nr. 38) des Herrn Giesberts vom 21. September 1907 heißt es u. a.:

Die Klassentrennung prägte sich nicht bloß aus in der sozialen Achtung, in der gesellschaftlichen Stellung, in die der Industriearbeiter sich gestellt sah; die Wandlung der Dinge kam dem Arbeiter empfindlich zum Bewußtsein durch ihre Wirkung auf den materiellen Untergrund und seines Daseins, auf seine Subsistenzmittel. Er sah den Arbeitgeber, den „Kapitalisten“ höher und höher steigen, sah ihn reich werden; sich aber sah er verurteilt, arm zu bleiben. Und doch mußte er, daß seine Arbeit, seine Mühe, sein Schweiß es war, der die großen Werte schaffte half und er sah und wußte, daß seine Arbeit ebensogut im Wirtschaftsleben notwendig war, wie die Tätigkeit des Unternehmers, und sein Menschheitsbewußtsein bäumte sich auf gegen die bloße Wertung als Arbeitstier und Maschinenradchen und nicht lange — da schloß ein Band sich um die Angehörigen der neuen Klasse, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der „Enterbten“. Sie, die Reichthümer der neuen Zeit erwerben halfen, wollten nicht immer Stiefkinder der neuen Zeit sein und ihre Rechte sich wahren und erobern, wenn's sein mußte, in energischem Kampf. Und so konnte es nicht ausbleiben, daß die beiden Klassen des modernen Industrievolks über kurz oder lang miteinander in Gegensatz und Widersprüche gerieten: zum Kampfe von Klasse gegen Klasse.

In einem Artikel der „Gewerkschaftsstimme“, des Organs des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes, heißt es im Jahre 1906 (Nr. 23) unter anderem:

Das Leben ist für die Arbeiterschaft zu einem erbitterten Kampfe, einem blutigen Schlachtfelde geworden. Die Verulkstoffe der Verunglückten der modernen Industrie ist größer als die Opfer der blutigen Kriege. Täglich droht den Arbeitern das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Berufsunknheiten sind seit dem Aufsteigen der Industrie bis ins Unendliche gestiegen. Und all dieses Elend stiert mit gierigen Augen die gesamte Arbeiterklasse an, um stündlich neue Opfer zu fordern. Unter diesen Umständen muß das Klassenbewußtsein der denkfähigen Arbeiter erwachen, um so mehr als ein großer Teil all dieser Not bei dem geringsten guten Willen der bestehenden Klasse zu lindern, ja gänzlich zu heben wäre; noch mehr aber bei dem Anblicke all der Herrlichkeiten, die den Besitzenden uneingedrückt zur Verfügung stehen. Wenn die kalte, lieblose Welt zuguterletzt für all

das Elend, für die Mühen, Sorgen, Leiden und Bekümmernisse des arbeitenden Volks nur ein Hoh-lächeln, bestenfalls einige mitleidige Worte er-übrigt, dann ist auch der Klassenhaß großer Massen begründet.

Diese Proben dürften genügen, um nachzuweisen, daß die christlichen Gewerkschaftsführer tatsächlich mit ihren Vorwürfen gegen die klassenkämpferischen freien Gewerkschaften etwas spärlicher umgehen könnten. Aber freilich, die Tatlosigkeit und der Vortradikalismus der Führer hat mit jenem Drängen nichts zu tun, das aus der Tiefe der christlichen Arbeiter selbst hervorbricht. Deshalb sucht man („Zentralblatt“ Nr. 21 von 1907) den christlichen Arbeitern zu erzählen, daß man in den modernen Gewerkschaften nicht bloß einen „berechtigten Klassenkampf“, sondern „geradezu den Klassenhaß und den Kampf der Klasse gegen Klasse unter allen Umständen und mit allen Mitteln“ predige. Daß das nicht wahr ist, weiß das „Zentralblatt“, aber zum Zwecke der Verheugung paßt es eben. Ferner weiß, daß in allen Gewerkschaften scharfe Streikreglements bestehen, daß jede Gewerkschaft vor Ausbruch eines Kampfes alle Mittel und Wege erschöpft, ehe sie es zum Aussetzen kommen läßt, daß man jede Verbandsgründung seitens der Unternehmer mit Ausperrungen oder Organisationszertrümmerung beantwortet. Weiß das „Zentralblatt“ nicht, daß die christlichen Gewerkschaften in acht Jahren allein über 2 1/2 Millionen Mark für Streikzwecke ausgegeben mußten — ein seltsamer Takt, den das Unternehmertum zu der Friedensmusik der christlichen Gewerkschaften schlug! Der Kampf ist für die modernen Gewerkschaften kein Prinzip, er ist eine bittere Notwendigkeit, der sie allerdings mit der Logik in die Augen sehen, die unser heutiges Wirtschaftsleben nun einmal mit sich bringt. Eine Gewerkschaft, die bloß um des Kampfes willen kämpfen wollte, wäre gar bald am Ende ihres Lateins.

Das Schönste ist, daß das „Zentralblatt“ in seiner Nr. 2 von 1907 selbst schreibt:

Neben den Streiks und Bohnbewegungen waren im letzten Jahre Maßreglungen im großen Stile zu verzeichnen wie nie zuvor. Herr Manforts in Gladbach zwang unsre Kollegen, aus dem Verband auszutreten. Bellinger in Fulda versuchte dergleichen. Auch hier mußten dieselben einen Revers unterschreiben, daß sie aus dem Verband austreten und keine Besammlungen mehr besuchen wollten. Die sich weigerten, wurden entlassen. Bemühter Weise bleiben die Kollegen trotzdem alle treue und wackere Verbandsmitglieder. Ebenfalls in Fulda hat die Dynamitfabrik unsre Kollegen gezwungen, auszutreten. In Schwelmer glaubte die Direktion ein Flugblatt gegen unsern Verband unter ihre Arbeiter verteilen zu sollen; jedenfalls, um dieselben abwendig zu machen. In Eiten-dorf bei Wachen hielt die Direktion selbst eine Versammlung für ihre Arbeiter ab, um die seitens des Verbandes vorgebrachten Beschwerden zu widerlegen. Einzelmäßreglungen können noch eine Menge angeführt werden, so in Menden, Siben, Walsum, Gelsenkirchen, Hoven, Haaren, Dresden, Wachen, Münsfeldbusch, München, Schwelmer, Stolberg, Duisburg, Bocholt usw. usw.

In seiner Nr. 12 von 1908 schreibt ebenfalls das christliche „Zentralblatt“:

An der Saar wurde bei der letzten Reichstagswahl von den Vertretern der Industriellen versprochen, das Koalitionsrecht der Arbeiter praktisch anerkennen zu wollen. Kurze Zeit nachher wurden dort die gelben Gewerkschaften protegiert und Vertrauensleute des christlichen Metallarbeiterverbandes entlassen.

Im Jahre 1906 schrieb die christliche „Gewerkschaftsstimme“, daß die Unternehmer sich „überall zum Vernichtungskriege gegen unsre Organisation“ rüsteten. „Man sucht sogar die Arbeiter selbst als feige Verräter uns in den Rücken zu führen durch die sogenannten Werksvereine. Rüstet auch wir beständig zum Kampfe. Üben wir uns im Gebrauch unsrer Waffen, es gilt unsre Freiheit, unsre Existenz, unsre Menschenrechte zu verteidigen.“ Ein christlicher Arbeiter schrieb im Jahre 1907 in der „Saarpfost“:

Schon länger als ein Jahrhundert läßt man die reichen Arbeitgeber sich koalieren, Trusts, Syndikate bilden, mit wem immer sich wollen, und kein Mensch, keine katholische Bewegung, hat da jemals Einspruch erhoben. Diese reichen Herren machen so viel Projekte, wie sie können, zahlen Bühnen, wie sie es für gut finden, stellen die Arbeitsbedingungen auf, die ihnen passen, und kein Mensch hat jemals verlangt,

daß diese Arbeitgeber, soweit sie katholisch sind, in allen diesen Dingen sich die Entscheidung halten beim katholischen Geistlichen. Man läßt im Gewerbsleben eben alle Katholiken sich organisieren, wie es ihnen dienlich scheint und Vorteil bringt. Aber in dem ersten Augenblicke, da wir armen Arbeiter uns koalieren, um ein paar Groschen Lohn mehr zu bekommen, treibt man uns im Namen der Religion auseinander.

Sehr bezeichnend ist auch eine öffentliche Warnung der Spinnerei und Weberei Güttenheim-Benfeld, die anfangs August 1905 in deren Fabrikräumen, in den Werkstätten und im Rathause von Güttenheim aushing und u. a. folgende Scharfmachertraxen gegen die christliche Textilarbeiterorganisation enthielt:

Warnung! Wir halten es für unsre Pflicht, vor dem Eintritt in die sogenannten christlichen Gewerkschaften zu warnen, da dieselben bisher nichts andres geleistet haben, als Unzufriedenheit bei den Arbeitnehmern zu stiften und das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu untergraben. Die sogenannten christlichen Gewerkschaften stehen den Arbeitgebern mindestens ebenso feindlich gegenüber wie die sozialdemokratischen und sonstigen Gewerkschaften, und haben durch ihre übertriebenen Forderungen und Exzessen zu den schärfsten Gegenmaßnahmen gezwungen. Wir geben jetzt schon bekannt, daß wir es stets ablehnen werden, mit Organen oder Mitgliedern der sogenannten christlichen Gewerkschaften in Verhandlung zu treten und werden jede Auffälligkeit mit Kündigung und, wenn nötig, mit gänzlichem Einstellen des Betriebs beantworten. Ebenso befehlen wir uns vor, in Zukunft nur solchen Personen Beschäftigung zu geben, die nicht Mitglieder der erwähnten, uns feindlich gegenüberstehenden Gewerkschaften sind. Wir betonen noch, daß sich niemand verleiten lassen möge, gegen seinen Willen aus Furcht vor Unfeindungen den Gewerkschaften beizutreten, wir werden für unbedingten polizeilichen Schutz sorgen.

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ schrieb zur gleichen Zeit: „Die christliche Organisation ist eine sozialdemokratische Macht und dabei bleibt es.“

Wir denken, diese paar Proben, die bis ins Unendliche fortgesetzt werden könnten, dürften genügen, um selbst dem „Zentralblatt“ es als begreiflich erscheinen zu lassen, daß die eine wirkliche wirtschaftliche Macht repräsentierenden modernen Gewerkschaften noch einer weit rücksichtsloseren Bekämpfung durch das Unternehmertum ausgesetzt sind. Wir wollen aber auf die Anführung solcher Beispiele verzichten, da hierüber genügend aus dem christlichen Lager vorliegen. Wie mag es heutzutage mit der Verwirklichung „der Grundwahrheiten des Christentums“ in unserm Wirtschaftsleben aussehen, wenn (nach den „Mitteilungen der nationalliberalen Partei für Minden-Ravensberg“ Nr. 3 von 1908) der christlich-soziale Agitator Jung ausführte: „Wenn es nach dem Wunsche der nationalliberalen Herren Arbeitgeber ginge, würde jeder Arbeiter mit 40 Jahren in den Martinofen fliegen, um so die Invalidenrenten zu sparen.“ Was sagt das „Zentralblatt“ dazu, wenn es sich die Arbeitsverhältnisse vergegenwärtigt, welche in den Betrieben des Zentrumsführers Grafen Hallestrem bestehen. Der „Gornoslagat“ teilte darüber im Jahre 1904 das Folgende mit: „Auf dem Gute Kochzug erhalten die männlichen Arbeiter 90 Pf., die weiblichen 60 Pf. täglich bei zwölfstündiger Arbeitszeit.“ Das genannte Blatt teilt noch mehr derartige Dinge über die Arbeitsverhältnisse bei dem Zentrumsgrafen mit und bemerkt dazu treffend: „Das kleine Bild wirft ein großes Licht auf die Verwaltung eines Herrn, der an der Spitze einer Partei steht, die sich katholisch nennt und sich der dem armen Volk erwiesenen Wohlthaten bei jeder Gelegenheit zu rühmen pflegt.“ Als bei dem Direktor der Hütte „Rote Erde“ 1906 eine Kommission streikender christlicher Arbeiter vorstellig wurde, erklärte dieser Herr: „Und wenn der Herrgott vom Himmel kommt, ich habe recht.“ Der Kreuztzy- und Gebetsbüchsenfabrikant Fzding in Revelar warf seine christlichen Arbeiter auf die Straße, weil sie generatschaftlich organisiert waren; die Emaillierwerke in Sulda verlangten von ihren christlich organisierten Arbeitern Austritt aus der Organisation oder sie würden fliegen; der sauerländische Arbeitgeberverein erklärte schon 1901, daß man mit den Arbeitern nichts zu tun haben wolle, auch wenn sie unter der Flagge christlich marschieren. Oder man schlägt jene Taktik ein, welche die Zer-

spaltung der Christlichen am besten charakterisiert, die 1904 ein M.Glabacher Fabrikant empfahl: „Ich lege den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern in meinem Betrieb in ihrer Agitation keine Hindernisse in den Weg, denn wenn sich beide Organisationen entwickeln, christliche und sozialdemokratische, so werden sie sich gegenseitig bekämpfen und dann habe ich Ruhe vor beiden.“

Wollte man also seitens der christlichen Gewerkschaften ehrlich sein, so müßte man zugeben, daß ihre Beschuldigung, die modernen Gewerkschaften pflegten den Klassenkampf um jeden Preis, hinfällig ist, wenn sie, die Christlichen, trotz ihrer Harmoniebestrebungen aus einem Kampf in den anderen gejaagt werden. Stellt doch selbst der bekannte konservative Sozialpolitiker Rudolf Meyer fest, daß eine „unchristliche Klassenherrschaft“ bestehe, die beseitigt werden müsse. Und wenn die Christlichen aus ihren eignen Reihen ein Urteil über das Leben und Wirken der modernen Gewerkschaften haben wollen, so mögen sie in dem Buche des protestantischen Pfarrers Traube in Dortmund („Ethik und Kapitalismus“) nachlesen, wie dieser Geistliche nur Töne des Lobes für die „kulturell-tätige“ Tätigkeit der modernen Gewerkschaften übrig hat. Soweit sie in Differenzen mit dem Unternehmertum verwickelt sind, möchten also die christlichen Gewerkschaften an ihre eigene Geschichte denken und statt mit einer öden Phrasologie gegenüber den modernen Gewerkschaften die Klassenkampfpauke zu schlagen, sollten die christlichen Führer ihre Mitglieder an das Wort des weltweisen Goethe erinnern:

Die Welt ist nicht aus Brei und Mus geschaffen,
Darum haltet euch nicht wie Schlaraffen;
Harte Bissen gibt's zu kauen,
Wir müssen erwürgen oder verbacken!

Aus den Jahresberichten 1908.

Spartenvereinigungen.

Maschinenseher.

Befriedigende Verhältnisse, wo Mitglieder vertreten sind, und allerlei Mißstände, wo die Kollegen nicht spezialorganisiert sind, herrschen im Wirkungsbereich der **Deutschen Maschinensehervereinigungen** (Sitz Freiburg i. Br.). Es wurde im vergangenen Jahre lebhaft agitiert und mit Genugtuung wird konstatiert, daß es nicht nur arbeits-, sondern auch erfolgreich war. In 46 Sehmäschinen werden 64 Maschinenseher in 15 Orten beschäftigt, in ebensoviel Druckstädten gehören 46 Kollegen ihrer Spartenvereinigung an. Neuaufstellungen von Sehmäschinen fanden nur vier statt.

Der Maschinenseherverein für den Bezirk **Karlruhe** kann feststellen, daß aus den einzelnen Druckorten befriedigende Berichte über das vergangene Jahr eingegangen sind und daß der Besuch der Versammlungen als gut zu bezeichnen ist, denn es sind stets etwa drei Viertel der Mitglieder anwesend gewesen. Im Bezirke sind 28 Sehmäschinen aufgestellt, an denen 40 Maschinenseher (sämtlich Verbandsmitglieder) beschäftigt werden. Die Mitgliederzahl stieg von 30 auf 37. — Im **Maschinenseherverein für Ostpreußen** (Sitz Königsberg) ist eifrig gearbeitet worden, in agitatorischer Beziehung sowohl als auch in tariflicher. Der Jahresbericht stellt als Ergebnis ein langames Vorwärtsschreiten fest. Dadurch, daß nach zwölfjähriger Ignorierung die Firma Krausened, die bekannte Bündlerdomäne mit dem Bundesvater Herrmann in Gumbinnen, endlich den Tarif anerkannt hat, ist wenigstens für die Tariffrage ein Fortschritt erzielt worden. Bei Quandel in Jasterburg, obwohl der Gutenbergbund ebenfalls seine Fäden aufgepflanzt hat, arbeiten zwei Bündler für 27–28 Mk., lassen sich also, tarifreue wie sie nun einmal sind, mit 4,50–5,50 Mk. unter ihrem tariflichen Lohn abspesen. In Stallupönen bildet die Firma Klutke eine tarifliche Wildnis. Löhne von 20–25 Mk. 1 Bei Wsl in Rastenburg arbeiten an einem Typograph zwei Lehrlinge bis der letzte Stiefel fertig ist und der Meister Feierabend gebietet, um mit dem sozialverständigen Jahrhunderthörschauer der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ zu sprechen, dessen Ideal also einmal erfüllt wäre. In elf Druckorten Ostpreußens sind insgesamt 33 Sehmäschinen bei 17 Firmen aufgestellt und 52 Maschinenseher versehen an denselben den Betrieb. Hieron gehören 44 dem Verbands der Deutschen Buchdrucker, sechs dem Gutenbergbund an, zwei sind gänzlich unorganisiert. Außerdem werden sechs Lehrlinge dauernd oder zeitweise an den Maschinen beschäftigt. 36 Kollegen gehören auch ihrer Sparte an.

Die **Maschinensehervereinigung Gau An der Saale** (Vorort Magdeburg) hat im Berichtsjahr eine sich gut bewährte Teilung in die zwei Bezirke Magdeburg und Halle a. S. vorgenommen und umfaßt nun 21 (17) Druckorte, in denen sie 128 (94) Mitglieder besitzt. Dem Technischen wird selbst in den kleineren Orten große Sorgfalt zugewendet, während in den größeren durch Veranstaltung von Demonstrationen vorgetragen ihm noch

in höherem Maße Pflege angedeihet. Die kombinierten Versammlungen wiesen im Gegensatz zu den Vororttagungen gute Beteiligung auf. In tariflicher Hinsicht, sagt der Jahresbericht, ist die Wahrnehmung eines Wiedergangs der Löhne bei Neueinstellungen gemacht worden. Das Berechnen in einer Deutscher Druckerei wurde nach Rücksprache mit den Geschäftsinhabern rückgängig gemacht. — Die **Mittelrheinische Maschinensehervereinigung** (Sitz Mannheim) zählt in 21 Orten 202 (165) Mitglieder. In dem Vorwort wird manches ausgeführt, was hoffentlich nicht umsonst gesagt worden ist, an den apostrophierten Stellen also Beachtung finden wird. Der Schwerpunkt dieses Jahresberichts liegt jedoch bei den Berichten der einzelnen Mitgliedschaften. Da nur eine davon der Redaktion einen kurzen Ausweis über die Jahresarbeit geliefert hat, nehmen wir auch bloß von diesem einen Orte Notiz. — Schlechter Versammlungsbesuch und große Fluktuation geben dem letzten, arbeitsreichen Vereinsjahr im Maschinenseherklub **Mannheim-Rudwigsheim** nicht die beste Note. Die Zahl der Maschinen erhöhte sich von 31 auf 36, die der Mitglieder stieg von 44 auf 53. — Wie schon bei dem Jahresberichte der Mitgliedschaft **München** erwähnt, war das Jahr 1908 für die Maschinensehervereinigung **München** wenig erfreulich. Sechs Synopsemaschinen wurden außer Betrieb gesetzt und nach Berlin transportiert, weil sie infolge Eingehens einer Tageszeitung und durch den Verlust einer großen ständigen Arbeit in München überflüssig geworden waren. Zwei weitere Maschinen werden noch stillgelegt werden. Trotzdem war aber am Jahresabschluss der Mitgliederstand auf 93 in sechs Druckorten angewachsen, weil auch Neuaufstellungen erfolgten.

Der **Maschinenseherverein für den Bezirk Posen** berichtet, daß seine Anregung zur Verschmelzung mit der Spartenvereinigung für den Bezirk Bromberg noch zu keinem Erfolg geführt hat, da die Bromberger Kollegen sich von dem gedachten Schritte keinen Vorteil versprechen. Von den polnischen Spartenkollegen war bisher nur einer zu bewegen, dem Vereine beizutreten. Bissa ist das Schmerzenskind für Maschinenseher dieses Bezirks. In vier Druckorten sind 18 Mitglieder vorhanden, dieselbe Zahl wie zu Anfang 1908. Der Versammlungsbesuch läßt zu wünschen übrig und das Interesse an der Sache könnte reger sein.

Über befriedigende Verhältnisse weiß die **Maschinensehervereinigung Oberpfalz und Niederbayern** (Vorort Regensburg) zu berichten. Sehmäschinen neuaufgestellt wurden nur in Regensburg.

Korrektoren.

Die Sparte mit dem „**Lebetrannnachgeschmack**“, wie der Vorliegende des **Bereins Berliner Korrektoren** in der den Reichshauptstädtern eignen wichtigen Veranlassung — die „**Schmalzsalzpartei**“ (Gandseher) ist auch Berliner Abstammung — in dem für 1908 erstatteten Jahresberichte die Bedeutung des Wortes Korrektör für den Sand- und Maschinenseher „verständlicher“ macht, verzeichnet mit Genugtuung Besserung des Versammlungsbesuchs, Schwinden der Interefflosigkeit, Wahl eines der ihrigen in den Verbandsvorstand sowie Mitgliederzunahme um 30 Proz., d. h. auf 152. Natürlich ist hinsichtlich der ersten beiden Punkte nicht jeder Wunsch in Erfüllung gegangen, die übliche Pauke fehlt deshalb nicht. An belehrenden Vorträgen ist geboten worden, was zu leisten möglich war. Die Reineideschen Sprachkurse werden als besondere Ertrungenshaft hervorgehoben. Die Berliner Druckereien sind mittels Zirkular gebeten worden, auf die strikte Durchführung der Deutschen Rechtschreibung größeren Wert zu legen. Welchem Ersuchen laut Bericht zur Genüge entsprochen worden ist. „An der praktischen Verwirklichung des ‚Duden‘ wollen wir, da unsre Mitarbeit gewünscht wird, weiter helfen, um so für unsre tägliche Arbeit einheitliche und einfache Vorschriften zu bekommen“, lautet eine Versicherung, wegen deren wir den Vorstand des **Bereins Berliner Korrektoren** beim Worte nehmen möchten. Die Schwierigkeiten der Deutschen Rechtschreibung werden unsers Erachtens noch viel zu sehr unterschätzt, wie denn von einer strikten Durchführung eben deswegen so wenig zu merken ist. Einheitlichkeit und Einfachheit sind die Eigenschaften, die der jegliche „Duden“ noch stark vermissen läßt. Der Korrektör, der sich die strikte Durchführung der für die deutschen Buchdruckereien doch nun einmal eingeführten Rechtschreibung zum Grundsatz gemacht hat, wird auf enorme Hindernisse stoßen, weil es eben dem Seher zu schwer gemacht wird, was in den vielen Zweifelsfällen bestimmt und ohne weiteres als richtig anzusehen ist. Nach dieser kleinen, aber einmal notwendig gewordenen Aufweisung sei aus dem Berichte noch erwähnt, daß der Berliner Verein die Bekämpfung der Heimarbeit, der Suche im Korrektorenberufe, mit Berufung auf die Note 81 im Tarifkommentare sich besonders angelegen sein läßt. In tariflicher Beziehung verlief das Jahr verhältnismäßig ruhig. — Die Provinzkollegen zum Anschluß an den Verein **schlesischer Korrektoren** (Sitz Breslau) zu bewegen, ist auch im vergangenen Jahre nicht gelungen, was mit Bedauern konstatiert wird. Mitgliederstand: 14 (12).

Den größten Fortschritt innerhalb der Korrektorensparte hat nächst Berlin der **Meinisch-westfälische Korrektorenverein**, für den seit dem vergangenen Jahre Köln den Vorort bildet, zu verzeichnen gehabt. Die Mitgliederzahl ist nämlich von 59 auf 97 emporgesiegen. Trotzdem stehen aber noch 100 Korrektoren in Rheinland-Westfalen ihrer Sparte fern. Die monatlich erscheinenden „**Mitteilungen**“ haben sich bei der Agitation sowohl als auch bei der gesamten Vereinstätigkeit als vor-

zügliche Hilfsmittel bewährt. Mit den Verbandsfunktionären hat der Verein in denkbar bestem Verhältnis gefunden. Das Vereinsleben in den einzelnen Ortsgruppen war reger. Besonders zu erwähnen ist die Vegetationsstour des Kollegen Schadebach von der Zentralkommission. Aber auch sonst war man bestrebt, den gestellten Aufgaben in weitem Maße gerecht zu werden.

Im Mittelrheinischen Korrektorenverein (Sitz Mannheim) zeigt sich das eigenartige Verhältnis, daß der größte Druckort Frankfurt a. M. nur einen einzigen spezialorganisierten Korrektor aufzuweisen hat. Im ganzen sind überhaupt nur 23 Mitglieder vorhanden, die sich auf sieben Orte verteilen, dabei hat aber eine Zunahme um neun im letzten Jahre stattgefunden. Die Versammlungen waren mittelmäßig besucht. Dem an die Prinzipalität gerichteten Wunsch nach besserer Eins- und Durchführung des „Ruben“ wurde von dieser nur in unzulänglicher Weise entsprochen. Gegen die in den Fachzeitschriften immer wiederkehrenden unzulässigen Angebote wurde jenseitig Stellung genommen. — Von 116 Korrektoren gehören 61 (60) dem Bayerischen Korrektorenverein (Sitz München) an. Die fernstehenden 55 setzen sich u. a. zusammen aus 32 Nichtverbandsmitgliedern; 23 Mitglieder unserer Organisation gehören demnach ihrer Sparte noch nicht an. Die Zahl der Orte, wo die 61 spezialorganisierten Korrektoren konfessionieren, ist von 12 auf 11 zurückgegangen. Kein Wunder, daß der Jahresbericht von Arbeit in Hülle und Fülle spricht, die dem Vereine noch bevorsteht. Eine über die Verhältnisse der Korrektoren in Bayern aufgenommene Statistik wird mit der allgemeinen der Zentralkommission veröffentlicht werden.

Der Württembergische Korrektorenverein (Sitz Stuttgart) zählt in neun Orten 54 (47) Mitglieder, davon 11 auswärtig. Nach einer im Frühjahr 1908 vorgenommenen statistischen Erhebung ist zum Teil eine Aufbesserung der Korrektorenlöhne festzustellen. Einige Druckereien sind von einer anständigen Bezahlung jedoch immer noch weit entfernt.

Stereotypen und Galvanoplastiker.

In Karlsruhe hatte diese Sparte diverse Differenzen auszufechten, die in Mißständen in einer Zeitungsdruckerei ihren Ausgangspunkt nahmen und auch in den Ortsvereinsversammlungen eine erhebliche Rolle spielten. Das Vereinsleben war demzufolge äußerst reger. Der Wechsel ist ein sehr großer. Die Mitgliederzahl erhöhte sich auf 20.

Schriftgießer.

Der Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu Frankfurt a. M., dem am Jahresabschluss 240 (236) Gießer, 30 (28) Hilfsarbeiter und 53 (61) Arbeiterinnen angehörten, hat über enorm gesteigerte Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahre zu klagen. Entfielen doch auf jedes Mitglied 6,4 arbeitslose Tage, gegen 3,8 im Jahre 1907.

In Offenbach a. M. war trotz der allgemeinen Krisis und der in anderen Gießstädten besonders ungünstigen Lage der Geschäftsgang ein guter, in der größten Schriftgießerei am Plage gegen das Jahresende sogar flatter. Im Mitgliederstand ist keine nennenswerte Veränderung eingetreten.

Auch Stuttgart berichtet im Gegensatz zu Berlin, Leipzig und Frankfurt a. M. über andauernd guten Geschäftsgang, der wiederholt zahlreiche Überstunden nötig machte. Arbeitslose Gießer gab es also in Stuttgart nicht. Im Sommer fand eine Tarifbewegung statt, die auch ein flottes Vereinsleben brachte. Bis auf einen verschwindend kleinen Teil sind in der württembergischen Druckmetropole alle Gießerkollegen organisiert. Mitgliederstand: 105 (96).

Fachtechnische Vereinigungen.

Ein erfolgreiches Jahr hat der Typographische Klub Chemnitz hinter sich, was sich auch in der Mitgliederzunahme von 38 auf 54 ausdrückt. Das Vortragswesen wurde eifrig gepflegt. Wettbewerbe und Kurse gaben zu praktischer Betätigung hinreichend Gelegenheit.

Die Typographische Vereinigung Gotha ist erst im September 1908 gegründet. Aus den 26 Kollegen, die sogleich bei der Gründung Mitglieder wurden, waren am Jahresabschluss 1908 schon 41 geworden. Gewiß ein gutes Zeichen für das in Gotha vorhandene Bestreben nach beruflicher Weiterbildung. Mit dem neuen Jahre trat die Vereinigung dem Verbands der Typographischen Gesellschaften bei.

Der von der Typographischen Vereinigung Heilbronn a. N. gegebene Bericht steht in einem unerfreulichen Gegensatz zu dem vorstehenden. Wenn man liest, was an Vorträgen, Kursen, Wettbewerben und Ausstellungen alles im Laufe des Jahres geboten worden ist, und man dann die Klage vernehmen muß, daß alle Veranstaltungen nur mäßig besucht waren, ein Vortrag wegen ungenügenden Besuchs gar ausfallen mußte und die Mitgliederzahl sich von 71 auf 53 reduzierte, dann ist allerdings dem Wadern des Vorstandes über diese Verhältnisse nur beizupflichten. Um so bemerkenswerter und erfreulicher ist, welchem Interesse eine für die Öffentlichkeit arrangierte Ausstellung begegnete, und daß aus diesem Anlaß eine Bewegung zugunsten der Errichtung einer Fachklasse für Buchdrucker an der städtischen Gewerbeschule eingeleitet hat, zu der sich die städtischen Schulbehörden recht sympathisch stellen.

Was die Typographische Vereinigung Karlsruhe in ihrem Jahresbericht ausführt, klingt um vieles besser, als was von dem benachbarten Heilbronn zu sagen war. Schon die städtische Mitgliederzahl von 121 bei 492 Ver-

bandsmitgliedern am Orte zeigt, daß die fachtechnischen Bestrebungen in Karlsruhe guten Boden finden. Geht man die Tätigkeit der Vereinigung im einzelnen durch, so ist wohl der Meinung des Vorstandes, daß manches noch besser und die Beteiligung bisweilen reger sein könnte, nicht zu widersprechen, das Gesamturteil fällt aber dennoch günstig aus. — Trotz der Unruhe einzelner ist auch die Graphische Vereinigung Kattowitz ein gutes Stück vorwärts gekommen. Ziffernmäßiger Ausweis fehlt. Die Tätigkeit der Vereinigung war nach jeder Richtung hin rührig und nützlich für die Kollegen, die gewerkschaftlich wie beruflich nicht ruhen wollen.

Die Typographische Vereinigung Mainz entfaltete im vergangenen Jahr eine rührige Tätigkeit. Neben dem Versammlungsleben bildeten fünf Kundsendungen, drei Preisausgaben, eine Anstiftungspostkartenausstellung (zu der die Typographische Vereinigung Leipzig dankenswerterweise Material lieferte) sowie die Besichtigung der Technischen Lehr- und Versuchsanstalt von Klimsch & Co. in Frankfurt a. M. anregende Veranstaltungen. Wermaltungierte die Typographische Vereinigung Mainz auch als Preisrichter. Leider mußte aber gerade der Zeichenkurs wegen zu geringer Beteiligung aufgegeben werden, dafür wurde ein Konplattenschneiderekurs eingeführt. Mitgliederstand: 63.

Dem Graphischen Zirkel Gutenberg in Reife gehören 16 Mitglieder an, die für fachtechnische Fragen und Veranstaltungen reges Interesse bezeugen. Eine Druckfachenausstellung mit einem Vortrage des Kollegen Schmidt (Breslau) war auch für die Öffentlichkeit bestimmt. Wünschenswert wäre größere Beteiligung der Reifer Kollegen, auch an dem auch für sie nützlich wirkenden Graphischen Zirkel.

Schlusswort.

Mit dem vorstehenden, dem vierzehnten Artikel unter dieser Überschrift gelangen nunmehr die Jahresberichte der Mitgliedschaften, Sparten- und fachtechnischen Vereinigungen zum Abschluss. Wir unterlassen es, aus den Berichten gewisse Schlüsse zu ziehen, hoffen vielmehr, daß auch so die passende oder notwendige Anwendung daraus gezogen wird. Wo nicht, werden wir im nächsten Jahre, wenn sich ein besserer Vergleich ermöglichen läßt, mit unsrer Meinung nicht hinterm Berge halten.

Wir dürfen wohl annehmen, daß nunmehr auch die Kollegentreue sich mit der gebührenden Zusammenfassung der eingelangten Jahresberichte abgefunden haben, die anfänglich glaubten, die Sache laufe nur auf eine Schmälerung des Rechts der Mitgliedschaften usw. hinaus, im Verbandsorgane zum Worte zu kommen. Aus den eingelangten 264 Jahresberichten ist ja alles Wesentliche, nur irgendwie die Allgemeinheit der Kollegenschaft interessierende kurz und bündig wiedergegeben worden, dem hier und da, wo es eben nötig war, auch eine kleine redaktionelle „Direktive“ beigegeben wurde. „Wenn“ das aber, was als Jahresberichte alles bei uns einging, in der breitspurigen, vor Nebenächlichkeiten oftmals wimmelnden Fassung in „Korr.“ erschienen wäre, würden wir bei weitem nicht mit der doch gewiß schon beträchtlichen Zahl von 3454 Zeilen ausgekommen sein, sondern die Jahresberichte hätten unter der Rubrik „Korrespondenzen“ über 10000 Zeilen verschlungen. Das wäre Raumverschwendung gewesen, die mit jedem Jahre noch schlimmer geworden wäre und deshalb von der Redaktion nicht mehr verantwortet werden konnte. Da der Raum des „Korr.“ mit dem Wachstum der Organisation und ihrer vielfältigen Aufgaben ohnehin von Jahr zu Jahr sorgfältigere Ausnutzung erheischt, war der Anlaß, mit den Jahresberichten eine gründliche Umdenker vorzunehmen, schon von selbst gegeben. Die eifrigen Leser des Verbandsorgans werden es uns gewiß auch Dank wissen, daß wir ihnen nicht das etwa dreifache Zeilenquantum zu lesen zumuteten.

Nach den erstmaligen Erfahrungen werden wir künftig erst im Mitte Februar mit der Veröffentlichung der Jahresberichte beginnen und sie auf den Zeitraum bis Ende März zusammenbringen. Bis zu diesem Termine werden wohl überall die Generalversammlungen abgehalten und die Jahresberichte erstattet worden sein. Die Schriftführer können sich und uns die Sache leichter machen — eine kleine Zahl hat nach dem in diesen Artikeln gegebenen Beispiele bereits für 1908 damit begonnen —, wenn sie den Jahresrückblick von dem Generalversammlungsberichte getrennt abfassen. Die Klassenverhältnisse, Vergütungen, Zahl der Versammlungen, Jubiläen, Gewerkschaftskartellangelegenheiten usw. sind nur dann zu erwähnen, wenn sie von nicht alltäglicher Bedeutung sind. Dagegen sind die Angaben über Mitgliederzu- oder -abnahme, Verbreitung des Gutenbergbundes, vorhandene Unorganisierte, Ausbreitung des Tarifs und Gestaltung der tariflichen Verhältnisse sehr präzis zu machen. Wie der Versammlungsbesuch und das Organisationsleben sich gestaltete, wie die gehaltenen Vorträge lauteten und wer die Referenten (Vortragenden) waren, wie der Geschäftsgang an Ort und demzufolge die Lage des Arbeitsmarkts war, sind ferner Punkte, über die speziell die Mitgliedschaften genauer berichten sollten. Die Jahresberichte müssen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, alle für unsere Organisation wichtigen Momente eben mehr in den Vordergrund drängen und untergeordnete Dinge ausschalten. Durch die besondere Rubrizierung und die dadurch ermöglichte bessere Übersichtlichkeit erhöht sich, wenn sie von den hier angedeuteten Gesichtspunkten aus verfaßt werden, ihr Wert ganz wesentlich und die Jahresberichte werden so den aufmerksamen Leser besser als fester orientieren, wie es mit der Arbeit eines Jahres für den Verband bestellt war.

Zum Schluß noch die Bemerkung, daß um die Jahresmitte die übliche Berichterstattung über die wirtschaftlichen und organisatorischen Verhältnisse des gesamten Buchdruckgewerbes erfolgt.

Gautag Hannover.

Die Zeit der Gautage rückt wieder an und damit auch die Beratung der zu stellenden Anträge. Die Wahl der Delegierten geschieht im hiesigen Gau in der Weise, daß bis zu 25 Mitgliedern ein Delegierter, bis zu 50 Mitgliedern zwei Delegierte und auf je weitere 50 Mitglieder ein Delegierter mehr zu wählen ist. Hierbei ergibt sich, daß der Gauort so ziemlich die Hälfte aller Delegierten, wenn nicht noch mehr stellt.

Dieser Zustand ist als ein durchaus ungesund zu bezeichnen, denn das Entsenden weiterer Kollegen zum Gautag ist damit direkt überflüssig, weil der Gauort auf alle Fälle den Ausschlag gibt. Sind die Delegierten der Provinz für, die des Gauorts aber gegen einen Antrag, so wird er wohl meistens als abgelehnt zu betrachten sein, weil letzteren an der Mehrheit nur ein oder zwei Stimmen fehlen.

Das sieht einem Majorisieren der „Provinz“ Kollegen verzweifelt ähnlich, und um hierin einmal Wandel zu schaffen, war zum vorigen Gautage von Göttingen der Antrag gestellt, die Bezirksvorsitzenden sollten nicht wählbar sein, statt dessen aber Sitz und Stimme auf dem Gautage haben.

In Hannover selbst müssen wohl ähnliche Bedenken wie die hier niedergelegten bestanden haben. Wenigstens äußerte sich einer der Delegierten, der frühere langjährige Gauortlicher Kapproth, in diesem Sinn auf der Generalversammlung in Köln. Im Protokoll heißt es Seite 2 (Beratung der Geschäftsordnung):

Kapproth beantragte die Bestimmung in § 8, wonach Anträge auf namentliche Abstimmung von 25 Mitgliedern beantragt werden können. Diese Bestimmung sei jetzt nicht mehr richtig, da Berlin allein schon 25 Delegierte entsende. Er beantragt deshalb statt „25“ zu setzen „35“.

Nun sollte man doch annehmen, daß auch auf dem kurz zuvor stattgefundenen Gautage für einen ähnlichen, in seinen Konsequenzen aber bedeutend wichtigeren Antrag das nötige Verständnis vorhanden gewesen wäre. Aber weit gefehlt! Der Antrag wurde wegen der damit verbundenen — Kosten abgelehnt. Und auf demselben Gautage wurde beschlossen, den nächsten Gautag in Lüneburg abzuhalten — wahrscheinlich auch der „Kosten“ wegen. Hiermit soll aber nicht gesagt sein, daß die Hannoveraner gern mal „aufs Dorf“ möchten; denn so etwas sagt man nicht, weil es einem sonst weit . . . dreißig geht. Man sieht jedoch, daß Konsequenz nicht immer die stärkste Seite der „Großstädter“ ist, liegt doch Lüneburg so ziemlich in der äußersten Ecke des Gaues.

Schwer zu begreifen ist aber, warum auch ein Teil der Provinzdelegierten gegen den Antrag stimmte, denn im Interesse ihrer Mandatgeber liegt es doch, die Möglichkeit zu erhalten, auch einen den Großstädtern nicht genehmen Antrag ohne deren Gutmütigkeit durchzubringen.

Offentlich wird dieser selbe Antrag (bis 25. April) auch zu dem am 6. und 7. Juni stattfindenden Gautage von verschiedenen Bezirken gestellt und dann in Lüneburg ein „gnädiges“ Gehör finden.

Göttingen. W. Noite.

Korrespondenzen.

F. Berlin. (Maschinenmeister.) Die im Monat März veranstalteten Versammlungen hatten sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Am 2. März stand u. a. ein Vortrag des Berliner Vertreters der Firma Rodstroß & Schneider, Herrn W. Miez, über „Neuzeitliche Maschinen“ auf der Tagesordnung. Der Referent schilderte im Anfang seines äußerst interessanten Vortrages die seinerzeit eingetretene Notwendigkeit, Ziegeldruckpressen zu bauen, und erläuterte im Verlaufe seiner Ausführungen die Neuerungen und Verbesserungen, welche die Ziegeldruckpresse im Laufe der Jahre erleben mußte, um in der heutigen Form den Anspruch erheben zu können, als wirklich brauchbare Maschine zu gelten. Von den Ziegeldruckpressen kam Redner auch auf die Schnellpressen zu sprechen und behandelte die Konstruktion derselben in ausführlicher Weise. Von der Versammlung wurde das Referat mit regem Interesse entgegengenommen. Erwähnt sei noch, daß dem Verein von der genannten Firma eine Anzahl muftergültiger Druckfächer überwiesen worden war, welche in der Sitzung zur Ansicht auslagen. Ergänzend zu dem Vortrage fand einige Tage darauf eine Besichtigung der Maschinenniederlage von Rodstroß & Schneider statt, bei der den sehr zahlreich erschienenen Kollegen die verschiedenen Maschinen im Betriebe gezeigt wurden. — Die Versammlung am 16. März befaßte sich im wesentlichen mit Vereinsangelegenheiten und Vorkommnissen in Berliner Druckereien. Unter „Vereinsmittellungen“ gab der Vorsitzende u. a. bekannt, daß sich in letzter Zeit die Fälle mehren, in denen sich Ziegelbrüder, welche zum Teil gar nicht, zum Teil ein bis zwei Jahre gelernt haben, zur Aufnahme in den Verband melden. Der hiesige Gauortstand überweise diese Aufnahmegesuche dem Vorstande des Maschinenmeistervereins, der die Wertespenden einer Prüfung unterzieht und dieselben dem Ausfalle dieser Prüfung entsprechend zur Aufnahme empfiehlt oder nicht. Die hiesigen Vorstände gehen dabei

von der Ansicht aus, daß diese Ziegeldrucker meist höchst mangelhafte oder einseitige technische Fähigkeiten besitzen, infolgedessen in den meisten Druckereien nicht vorwärts kommen und den Verbandsfragen bald ständig zur Last fallen würden. Recht bezeichnend ist das Verhalten eines Ziegeldruckers, dessen Aufnahme in den Verband vor Jahresfrist abgelehnt worden war. Derselbe ließ sich inzwischen in den Gutenbergbund aufnehmen und glaubte nun auf diese Weise leichter Verbandsmitglied werden zu können, den Gutenbergbund also gewissermaßen als Sprungbrett benutzend. Ferner wurden in der Versammlung noch einige Schiedsgerichts-urteile bekannt gegeben und lebhaft debattiert. — Am 20. März feierte der Verein in „Kellers Neuer Philharmonie“ sein 13. Stiftungsfest. Den künstlerischen Teil erlebten das Neue Kontinentalorchestr sowie einige Mitglieder hiesiger Theater. Der Vorsitzende streifte in seiner Festrede die zurzeit herrschende Arbeitslosigkeit in allen Berufen und betonte die Notwendigkeit eines festen Zusammenhanges aller Maschinenmeister, um mit Hilfe des Spartenvereins innerhalb des Verbandes die wirtschaftliche Lage sowie als möglich zu verbessern zu suchen. Kollege Albrecht übermittelte dem Vereine die Glückwünsche des Gaues Berlin. Das Fest beschloß ein Ball, bei dem sich alt und jung bis in die Morgenstunden amüsierten.

Berlin. Am 1. April sind 25 Jahre seit der Gründung des „Volksblatts“ (vormals „Berliner Volksblatt“) verfloßen. Acht unser Kollegen sind seit dem Gründungsjahr an der technischen Herstellung dieses Blattes heute noch tätig, und zwar drei vom ersten Tag an und fünf sind im Laufe des Jahres 1884 hinzugekommen. Neunzehn Jahre lang wurde das Blatt in der jetzt eingegangenen Habdungs Druckererei hergestellt. Am 30. September 1902 siedelte das Zeitungspersonal nach der von der Berliner Sozialdemokratie in der Lindenstraße 69 errichteten Druckererei über. Das anfangs 14 Mann und einen Metteur zählende Gesetzerpersonal hat sich inzwischen auf 23 Handsetzer und drei Metteure gesteigert, außerdem sind gegenwärtig acht Maschinensetzer an der Herstellung des „Vorwärts“ beteiligt.

Berlin. Der in weitesten Kreisen wohlbekannte Kollege Hermann Strauß feiert am Sonntag, den 18. April (nicht wie teilweise verbreitet am 4. April), sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Die Feierlichkeit findet im Konzertsaal der „Pfeiferbergbrauerei“ statt und erfolgt noch näherer Anzeige.

Bezirk Eberswalde. Die diesjährige Frühjahrsversammlung wurde in Freienwalde unter sehr minimaler Beteiligung der Kollegen abgehalten. Es waren nur 38 Kollegen anwesend von 102 Mitgliedern des Bezirks, und zwar aus Ungermünde 2, Bernau 4, Eberswalde 20, Freienwalde 6, Prenzlau 6. Die Berichte der einzelnen Vertrauensleute ließen in manchen Orten noch vieles in tariflicher und sozialistischer Beziehung zu wünschen übrig; es muß konstatiert werden; daß die Verhältnisse im letzten Halbjahr ansicht besser schlechter geworden sind. Pflicht der Kollegen ist es nun, sich in den einzelnen Ortsvereinen wieder emporzuarbeiten und tatkräftig für die Verbandsfrage einzutreten. Zu dem am 9. Mai in Stettin einberufenen Goutage zwecks Regelung der Goutageinterruption wurden fünf Delegierte vorgeschlagen. Als Ort der nächsten Tagung wurde Prenzlau bestimmt. Der nun folgende Vortrag des Kollegen Schindhelm (Eberswalde) über: „Unser gewerblicher Nachwuchs“ gestaltete sich zu einem äußerst lehrreichen und bot viel des Interessanten, wofür ihm reicher Beifall der Kollegen gezollt wurde. In der darauf folgenden Diskussion wurde vom Kollegen Balle (Eberswalde) ein Antrag gestellt, damit in der Prüfung der einzustellenden Lehrlinge im Bezirk einheitlich vorgegangen werden könnte. Ferner wurde beschlossen, den Bezirksbeitrag im Sommerhalbjahr um 5 Pf. zu erhöhen. Das Fahrgeld konnte voll vergütet werden.

ch. Halle a. S. Unsere Ortsversammlung vom 20. März war außerordentlich schwach besucht, trotzdem wichtige Punkte auf der Tagesordnung standen. Von den „Mitteilungen des Vorstandes“ sei erwähnt die Vertriebsstatistik über eine vor kurzem stattgehabte Vertrauensmännerung. Besonders hatte sich diese mit den zu Ostern erfolgenden Lehrlingsentstellungen zu beschäftigen; es scheint, als ob in einigen Fällen die Entlassungen überhastet werden soll, wogegen natürlich unverzüglich Schritte unternommen werden würden. Auf Grund der Erhöhung der Remuneration von 3 auf 5 Proz. der Verbandsentnahme an die Goutage wurde vom Vorstand ein Antrag für den Goutage vorgelegt, der auch den einzelnen Orten eine höhere Entschädigung für die Verwaltung zukommen lassen will. Die Beschlußfassung hierüber wurde aber nach kurzer Debatte auf die demnächst abzuhaltende Bezirksversammlung verschoben. Ein weiterer Antrag des Vorstandes zum Goutage, nach welchem eine Verringerung der Goutage angestrebt wird, wurde angenommen. Danach sollen die Goutage immer vor der Generalversammlung des Verbandes stattfinden. Für die Goutageinterruption wurde eine Anzahl Kandidaten bestimmt. — Auch in diesem Jahre hat der Vorstand eine Zusammenkunft derjenigen Lehrlinge veranstaltet, die Ostern ihre Lehrzeit beenden, um dieselben mit den Zielen und Einrichtungen des Verbandes bekannt zu machen. Die vorjährige Zusammenberufung hatte einen sehr guten Erfolg, den sich der Vorstand auch in diesem Jahre verspricht.

Frankfurt. (Typographische Vereinigung) In der Sitzung vom 19. März mußte wegen unvorhoffener Abreise unseres Vorsitzenden G. Kirch zu einer Neuwahl geschritten werden, die auf den Kollegen Willi Hoh-

mann, Schloßplatz 14, fiel. — Am Ostermontag wird in hiesiger Stadt eine Konferenz des Kreises Stuttgart des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften stattfinden, zu dem der Vorstand die Vorbereitungen treffen wird.

M. Gladbach. In Nr. 12 des „Typograph“ befindet sich ein Bericht aus Ruhrort, in welchem mitgeteilt wird, daß „Kollege“ Felder einen „hochinteressanten und lehrreichen“ Vortrag gehalten hat. Wir würden keine Worte darüber verlieren, wenn Herr Felder die Mitglieberzahlen bestimmter Bundesvereine nicht gar so sehr nach oben abgerundet hätte. In dem betreffenden Berichte heißt es wörtlich: „In Orten, wo man vor zwei Jahren noch nichts vom Gutenbergbund gehört hatte, seien die schönsten Ortsvereine emporgestiegen mit 40, 50 und mehr Mitgliedern, z. B. Elberfeld, Paderborn, M. Gladbach usw.“ Es entzieht sich nur unser Kenntnis, welche von den genannten Zahlen M. Gladbach betrifft; wir nehmen zugunsten des Herrn Felder einmal die niedrigste (40) an. Wie steht es aber in Wirklichkeit mit dem Gutenbergbund in M. Gladbach? Unsere genauesten Recherchen haben ergeben, daß zurzeit neun Händler in M. Gladbach konditionieren, davon allein acht in der Volksvereinsdruckerei („Westdeutsche Arbeiterzeitung“). Es ergibt dies also eine Differenz von nur — ein und dreißig Mitgliedern! Die Mitglieder des Bundes werden durch solche Nachschichten im Dunkeln gehalten und müssen durch diese „Taktik“ der Meinung werden, daß es mit dem Gutenbergbunde mit Riesenschritten „vorwärts“ gehe.

Bezirk Neuruppin. Unsere diesjährige Bezirksversammlung fand am 21. März in Prignitz statt. Dieselbe war verhältnismäßig gut besucht; nur die Kollegen aus Oranienburg waren nicht vertreten, jedenfalls wohl infolge der äußerst schlechten Verbindung. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen referierte der Vorsitzende Reinhardt in ¾ stündigem Vortrag über die gegenwärtige Lage in unserm Gewerbe. Für seine interessanten und lehrreichen Ausführungen wurde ihm der ungeteilte Beifall der Versammelten zuteil. Der Punkt „Tarifliches“ zeitigte eine rege Aussprache. Es wurden verschiedene Fingerzeige gegeben, wie eventuell eine Besserung in unserm Bezirke möglich ist. Ebenfalls lebhaft besprochen wurde der demnächst abzuhaltende Goutage. Man war sich darin einig, daß es wohl zweckmäßiger gewesen wäre, den Gau zu teilen. Als Kandidaten für den Goutage wurden sechs Kollegen aufgestellt. Den Teilnehmern konnte das ganze Fahrgeld zurückerstattet werden. Die nächste Versammlung wird in Kyritz abgehalten.

Mürnberg. In der Mitgliederversammlung am 13. März mußte der Vorsitzende nach Bekanntgabe verschiedener interner Vereinsmitteilungen auch Veranlassung nehmen, das unkollegiale und Verbandsmitleidern unbillige Verhalten zweier Kollegen, welches dieselben bei Differenzen in ihrer Druckerei zeigten, unter allgemeiner Zustimmung scharf zu verurteilen. Hierauf ergriff Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum, ein gern gesehener und beliebter Referent in unsrer Versammlung, das Wort zu seinem Vortrage: „Die Arbeitslosigkeit in England und die Mittel zu deren Bekämpfung“. Das Thema gab dem Vortragenden; der an Ort und Stelle die englischen Verhältnisse sich des öfters schon zum Studium nahm, reichlich Gelegenheit, den Versammelten in anschaulicher Weise die Ursachen und Wirkungen sowie die Mittel der Bekämpfung zu schildern und Vergleiche mit den deutschen Verhältnissen anzustellen. Ungeteilte Aufmerksamkeit und einmütiger Beifall belohnten den Vortragenden. Bei dem nächsten Punkte: „Gauträge“, entspann sich eine längere lebhaftige Debatte, hauptsächlich über die Nürnberger Anträge. Die Einführung der Bezirksinteilung wurde von allen Rednern als notwendig anerkannt, um die Agitation sowie die Aufklärung über die Verbandsentrichtungen und den Tarif unter den Kollegen besser, als es jetzt der Fall sein kann, zu betreiben. Es wurde betont, daß trotz der günstigen Jahresberichte der Mitgliedschaften es auf dem Lande doch noch sehr schlecht aussehe; viele Verbesserungen des Tarifs ständen für die kleineren Orte nur auf dem Papiere. Durch die Bezirksinteilung soll den einzuliehenden Mitgliedern und kleineren Mitgliedschaften die Fühlung mit der Allgemeinheit besser ermöglicht und der Schutz und Halt, den sie im Verband und in dem Tarife haben, mehr vor Augen geführt werden. Auch könnten dadurch viele gute gewerkschaftliche Kräfte, die auf einamen Wosten verkrüppelten, zur Entfaltung gebracht werden. Ein Redner meinte, daß diese gutgemeinten Anträge doch nichts nützen, denn in München wolle man dies nicht. Daß bessere Agitation im Gau Bayern Platz greifen müßte, dafür liefere München selbst den Beweis, denn trotz Generalversammlung und Gauvorsteherkonferenz wußte München keinen Antrag zu stellen als den der Ferienverlängerung. Die Jugendorganisation müsse bald in Angriff genommen werden, da unsre Gegner sehr rührig seien und keine Anstrengungen scheuen; auch gebe die Kaufzeit bei unserm Nachwuchs zu Befürchtungen Anlaß. Alle anderen Anträge zum Goutage sollen die Unterstützung unsrer Delegierten finden, soweit diese der Agitation und dem Wohl unsers Verbandes dienen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Provinzdelegierten in ihrem eignen Interesse den Antrag auf Bezirksinteilung unterstützen möchten. Zum Schluß der gutbesuchten Versammlung erhob noch ein Kollege Beschwerde gegen eine Druckerei, deren eingehende Unternehmung der Vorstandschaft überwiegen wurde. Der Vorsitzende hatte nach Verlesung der Vertrauensmännerliste noch zu rügen, daß in vier

Druckereien, darunter in drei Abteilungen der Maschinen-seger, noch keine Vertrauensleute gewählt worden sind. **Saarbrücken.** Der hiesige Maschinenmeisterverein hielt am 21. März seine Frühjahrswanderversammlung in Sulzbach ab, welche ziemlich gut besucht war, denn es waren 21 Kollegen zugegen, darunter auch einige vom Raften. Der Vorsitzende Wolländer sowie der Kassierer trugen zunächst die geschäftlichen Angelegenheiten vor, sodann erhielt Kollege Schrader das Wort zu einem Vortrag über Illustrationsdruck. An der Hand reicher Materials erläuterte er das ganze Verfahren und fand dankbare Zuhörer. Der Vortrag zeitigte eine sehr rege Debatte. Ferner wurde beschlossen, am 16. Mai die Maschinenfabrik Weisenheim zu besuchen. Als Ort der nächsten Wanderversammlung wurde St. Ingbert bestimmt.

Berlin (Aller). Die am 14. März abgehaltene erste Versammlung des Bezirks Aller-Wefer war von etwa 50 Kollegen besucht. Außerdem waren unser Gauvorsteher Dijkstra (Weimen) und der Vorsitzende Hartmann des Bezirks Wefer-Elbe anwesend. Zunächst erfolgte die Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. Nach dem gemeinsamen Mittagessen hielt sodann Kollege Dijkstra einen interessanten Vortrag über: „Welches sind die gegenwärtigen Aufgaben des Verbandes?“ Deftiger Beifall folgte den beachtenswerten Ausführungen des Redners, die eine ausgebreitete Diskussion auslösten. Aus der Berichterstattung der einzelnen Mitgliedschaften ist hervorzuheben, daß man noch vielfach unter den Ausnahmebestimmungen zu leiden hat, deren Beseitigung bringen erwünscht ist. Bezüglich der Neueinteilung der Goutage wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche sich gegen Neueinteilung der Goutage und für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes erklärt. Die neue Aufkündigungsteilung fand auch wenig Freunde. — Am Abend vereinigte ein vom Ortsvereine Typographia veranstalteter Winter Abend einen großen Teil der Kollegen noch ein paar Stunden zu gemüthlichem Beisammensein. Mehrere auswärtige Kollegen trugen durch ihre freundliche Mitwirkung zum guten Gelingen des Abends bei.

Rundschau.

Ferienverlängerung: Das „Sächsisches Volksblatt“ in Zwidau gewährt seinen Arbeitern, welche bis zum 1. Oktober des laufenden Jahres in das Geschäft eingetreten und bei Beginn der Ferien noch darin tätig sind, Anspruch auf sieben Arbeitstage Erholungsurlaub, während diejenigen, welche mindestens fünf bzw. zehn Jahre ununterbrochen im Betriebe beschäftigt sind, neun bzw. zwölf Arbeitstage Ferien erhalten.

Im Taubenschlag des Herrn August Spieß in Malzkade-Busch bei Saarbrücken ist wieder nach Ablauf eines weitem Monatswechsels der übliche Gehilfenmangel eingetreten. Weil eben der Mangel tariflicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Verbindung mit einer ganzen Reihe anderer Mängel nicht gut eine bleibende Arbeitsstätte für ordnungsliebende und auf ein gewisses Standesbewußtsein achtende Buchdruckerhilfen bilden können. Und so sieht sich Herr August Spieß eben wieder, wie schon so oft, genötigt, seine bekannten Reimruten auszuliegen, in der Erwartung, damit seinem Kunsttempel wieder neue Ausbeutungsobjekte zuzuführen. Diese Reimruten verirren sich aber „leider“ in letzter Zeit immer zahlreicher in unsre Redaktion und setzen uns in den Stand, öffentlich zu konstatieren, daß in der Druckerei des Herrn August Spieß die Gehilfenstudie ein chronisches Leiden geworden ist, und zwar um so härziger, als die Hauptbedingung der Werbedebriefe immer noch darin besteht, daß die Glücklichen, welche die Ehre und das Vergnügen haben könnten, bei Herrn Spieß ein möglichst beschidenes und trostloses Buchdruckerleben zu führen, nur Nichterwähler, oder solche Gehilfen, die bereit sind aus dem Verband auszutreten, sein müssen. Es ist zwar ein sehr logischer Zusammenhang, daß Herr August Spieß nur auf amüsiertes Niedriglohnigkeit seiner Arbeiter seinen Herrenstandpunkt aufrecht erhalten kann und deshalb auch in diesem Falle jeder Narr nur jene Rappe wählt, die ihm gefällt. Daß aber auch auf diesem Gebiete die Wäune nicht in den Himmel wachsen, dafür sprechen die alle vier Wochen wiederkehrenden Fiskalungsveruche der hier besprochenen Art. Der Weizen kommt nicht recht zum Blühen. Und auch diese Zeilen sollen den Zweck verfolgen, dafür zu sorgen, daß im Kunsttempel des Herrn August Spieß nur solche Seudten sich vermehren, die seiner würdig sind und ihm beweisen, daß Nichterwähler zu sein, heututage nur eine bessere Umschreibung des Prinzips der Nichtverbindlichkeit ist; in technischer, prinzipieller und moralischer Beziehung. Eine Vorstufe zur Konsequenz aus der Erfahrung, daß man nur durch Schaden klug wird.

Zeitungsvermehrung. Der in Dürren im 92. Jahrgang erscheinende „Dürener Anzeiger“, bisheriges offizielles Organ der Zentrumspartei im Kreise Dürren, ist mit der „Dürener Zeitung“ unter Wechselhaltung des letztern Titels verschmolzen worden. Die bisherige Herausgeberin der Zeitung, eine Wittengeseilschaft, ist in Liquidation getreten. Weiter wurde durch diese Veränderung ein Teil des Personals in sehr unangenehme Mitleidenschaft gezogen, indem sieben Kollegen der Zeitungsvermehrung gekündigt wurde, darunter einige, welche über ein und sogar über zwei Jahrzehnte in der Druckerei des „Dürener Anzeiger“ beschäftigt waren.

Die Wirkung von Schmutzinserten. In Zürich wurde eine gewerksmäßige Werberin namens Wu-

schinski verhaftet, welche in vielen deutschen Zeitungen Pulver und Tropfen gegen Regelförnungen und dergleichen angepriesen hatte. Dabei wurden mehrere hundert Briefe von deutschen Frauen und Mädchen beschlagnahmt und den deutschen Gerichtsbehörden ausgeliefert. Gegen die Schreiberinnen wurde infolge dessen Anklage nach § 49 a des Reichsstrafgesetzbuchs erhoben. Die Angeklagten versuchten sich nun alle mit der Einwendung zu verteidigen, daß sie geglaubt hätten, die Mittel sich kommen lassen zu dürfen, weil sie in der Zeitung öffentlich empfohlen worden seien. Die angepriesenen Mittel sind nach übereinstimmenden Urteilen der medizinischen Sachverständigen vollständig wirkungslos und wertlos. Inzwischen hat das Gericht in Hannover schon drei Frauen in dieser unsauberen Geschichte zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Konkurrezöffnung: Buchdruckerei Quentini & Sellwig (Verlag der „Berliner Zeitung“) in Herford.

Der Guttemplerorden und „gelbe“ Allüren. In Nr. 34 des „Korr.“ brachten wir an gleicher Stelle eine Notiz, welche dazu dienen sollte, die Aufnahme eines Inserats in der Zeitschrift „Deutscher Guttempler“, wodurch 20 bis 25 nichtorganisierte Malergewerkschaften nach Kuzhagen gelockt werden sollten, um den dortigen Ausständigen in den Rücken zu fallen, in gebührender Weise festzunageln. Neben unserm Organ hat auch ein großer Teil der übrigen gewerkschaftlichen oder politischen Arbeiterpresse diese bedauerliche Erscheinung in schärfster Weise gegeißelt. Die einmütige Stellungnahme gegen dieses Vorkommnis hat selbstverständlich in Guttemplerkreisen wenig angenehme Empfindungen ausgelöst und unter anderem auch der Guttemplerlage in Bremen Veranlassung gegeben, in ihrer letzten Sitzung folgende Resolution zu fassen und zu veröffentlichen: „Die Annonce des Herrn Strobel, Malermeister in Kuzhagen, in Nr. 6 des „Deutschen Guttempler“ vom 14. d. M. hat die größte und berechtigte Entrüstung aller Mitglieder unsers Distrikts hervorgerufen. Von einem Guttempler wird an Guttempler die Aufforderung gestellt, Arbeitskollegen in Kuzhagen als Streibtreiber in den Rücken zu fallen. Alle erachten das als einer persönlichen Beleidigung gleich. Jeder redlich denkende Guttempler kann diesem berechtigten Gefühl aber nur beipflichten, da das Neutralitätsprinzip, eine Grundbeste des Ordens, durch das Vorkommnis krumpelos durchbrochen ist. Zugleich hat diese Annonce in unserm Distrikte die ganze sozialdemokratische Presse, den Arbeiterabstinentenbund und die Gewerkschaften zu einem scharfen und bitteren Kampfe gegen den Guttemplerorden mobil gemacht, dem wir mit Vernunftgründen bebaulichweise nicht begegnen können. Wir sprechen deshalb die feste Erwartung aus, daß hinfort solche scharfe Maßregeln getroffen werden, die auch nur den Schein einer Umweidung des „Deutschen Guttempler“ von der strikten Neutralität für die Folge zur absoluten Unmöglichkeit machen.“ Wir begreifen diese entschiedene und klare Stellungnahme und ebenso finden wir es für lobenswert, daß die letzte Nummer des „Guttempler“ sogar eine dringende Warnung an alle Maler des Guttemplerordens vor Stellungnahme in Kuzhagen aufgenommen hat. Daß in der ganzen Sache nur ein Versehen vorliegt, wie die Expedition des genannten Blatts behauptet, mag ferner als Versicherung gelten, daß ein gleiches Vorkommnis für die Zukunft ausgeschlossen ist. Wenn aber in einer Zuschrift an uns aus Guttemplerkreisen indirekt daran Anstoß genommen wird, weil wir uns erlauben, in Hinsicht auf dieses Vorkommnis uns „gelben“ Allüren zu sprechen, so können wir eine solche Empfindlichkeit nicht recht verstehen. Man mag Ausreden gebrauchen wie man will, so steht doch das eine fest, daß nur eine große Leichtfertigkeit mitgespielt haben kann, wenn ein derartiges Streibtreiberinjerat von der verantwortlichen Schriftleitung übersehen wurde, und alle Verschleierversuche machen die Sache nur bedenkllicher und nicht besser. Wird mit Ernst versucht, einen vorgekommenen Fehler wieder gutzumachen, so verdient das alle Anerkennung. Im übrigen aber sollte man sich hüten, derartige Vorkommnisse entschuldigen zu wollen und besonders nicht mit dem Hinweis, daß so etwas bis jetzt noch nicht vorgekommen sei. Denn auch sonst im Leben geht der Krug nur so lange zum Brummen, bis der Henkel bricht!

Die Frage, ob Überstundenverdienst steuerpflichtiges Einkommen ist, haben wir in Nr. 32 des „Korr.“ nach einer Mitteilung des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ in dem Sinne beantwortet, daß nach einer grundsätzlichen Entscheidung des preussischen Finanzministers das Einkommen aus Überstunden steuerfrei sei, und zwar, weil die Entschädigung für Überstunden nur eine Vergütung für den durch die Mehrarbeit entstandenen größeren Aufwand für Kleidung, Verköstigung usw. darstelle. Diese Entscheidung wurde gefällig auf eine Reklamation der Oberzolbeamten. Wir bemerken dabei, daß sinngemäß diese Entscheidung nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Arbeiter allgemein maßgebend sein müßte. Dem scheint aber nun nicht so zu sein. Denn der „Magdeburger Zeitung“ wird zu derselben Frage von angeblich „gut unterrichteter Seite“ geschrieben: „Die Entscheidung des Finanzministers, daß das Einkommen der Zollbeamten aus Überstunden als steuerpflichtiges nicht angerechnet werden soll, bezieht sich nur auf diese Beamten, und die Verrechnung ist wegen der besonderen Umstände, die in der Entscheidung aufgeführt sind, ausgeschlossen. Der Erlaß, welcher bereits im Monat Dezember 1908 zur Kenntnis der Veranlagungskommissionen gekommen ist, enthält wieder die Bestimmung, noch gibt er den Veranlagungskommissionen einen Anlaß, die gleichartige Anwendung der Grundsätze des-

selben auf andre Beamtenarten oder Arbeiter auszuwenden. Es wird daher von den Veranlagungskommissionen nach wie vor im allgemeinen das Einkommen der Beamten, Arbeiter usw. aus Überstunden als steuerpflichtig angesehen werden müssen.“ Demnach scheint es also auch für die Steuerzahler in Preußen zweierlei Recht zu geben. Denn diese eigenartige Begründung mit den besondern Umständen ist doch mehr als sonderbar.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Fürth haben die freien Gewerkschaften einen glänzenden Sieg errungen. Sie gewannen sämtliche Sitze, trotzdem nach dem Proporz gewählt wurde. Die Christlichen erhielten nur 197 Stimmen und die Kirch- und Dunderischen gar nur 167 Stimmen, während die Liste der freien Gewerkschaften 1786 Stimmen erhielt. Auch bei den Unternehmerratswahlen erhielten die freien Gewerkschaften einen Vertreter.

Der Reunfundentag in den preussischen Staatsbetrieben. Die Erfahrungen, welche ein großer Teil der Arbeiterschaft in Privatbetrieben im Laufe der Jahre insoweit gesammelt hat, daß mit Einführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eine kleinliche, teilweise schändliche Nabelstichpolitik da und dort seitens der Unternehmer verbunden wird, scheinen auch den Arbeitern in Staatsbetrieben nicht erspart zu werden. Dies zeigt sich ganz besonders bei der am 1. April d. J. zur Einführung gelangenden Arbeitszeitverkürzung. In den Arbeiterkreisen der betreffenden Betriebe haben die Arbeiter geofft, daß die Stunden- resp. Aftordänge eine Erhöhung erfahren würden, damit die Arbeiter bei der verkürzten Arbeitszeit die gleichen Löhne erzielen könnten, wie bei der bisherigen zehnstündigen Arbeitszeit. Diese Hoffnung ist aber eine irrige. Auch wurde in Danzig in den Militärverwaltungen bekannt gegeben, daß eine sehr wesentliche Verkürzung der Pausen geplant ist, und zwar sollen statt der bisherigen 60 Minuten Pause nur noch zehn Minuten bezahlt werden. Demnach findet also nur eine Arbeitszeitverkürzung von 20 Minuten statt. Es wird nun in den beteiligten Kreisen eine Eingabe an den Reichstag vorbereitet und sollte diese keinen Erfolg haben, so wollen die Arbeiter auf die ganze Arbeitszeitverkürzung verzichten und lieber wieder zehn Stunden arbeiten.

Schlechte Zeiten! Zum Kapitel „Kohlenwucher“ in Deutschland, welchem wir schon in Nr. 33 an dieser Stelle einige Worte widmeten, wollen wir nachfolgende Ergänzung nachtragen: Die Aktionäre des Köhler Bergwerksvereins erhalten für das verflossene Geschäftsjahr eine Dividende von 30 Proz. Die Braunkohlenbergwerke „Eintracht“ gewährten im vorigen Jahre nur 24 Proz., diesmal soll es aber wenigstens 27 Proz. geben, wahrscheinlich wegen der Krise. Der Zwickauer Steinkohlenbergbauverein rechnet mit 27 Prozent auf jede Aktie von 130 Mk. Nennwert oder 300 Mk. Dividende. An der Börse gelten die rentablen Papierchen 2000 Mk. Unverschämte Höhe Kohlenpreise! und miserabel niedrige Arbeitslöhne sind die Hauptursachen solch heidenmässiger Sündenergebnisse, an denen aber gerade christliche Arbeitergespiitterung noch ein voll gerüttelt Maß von Schuld trägt.

Die Drehorgel und der Kapitalismus in der Freundschaft, das ist das neueste auf dem Gebiete neuzeitlicher Wirtschaftsordnung. Eine Gewerbegerichtsverhandlung in Halle a. S. brachte dafür folgenden Beweis. Ein Drehorgelspieler klagte gegen ein Orgelverleihinstitut, welches gewerbsmäßig Orgelspieler anstellte und dieselben auf Messen und Märkte schickte, um dort das Publikum durch Dreorgelkunst zu „erfreuen“. Die täglichen Einnahmen gehörten aber nicht dem Drehorgelmanne, sondern dem Orgelverleiher und dieser zahlte an den ersten einen Tagelohn, Reisegeld usw. Bei einer solchen Tour war nun der Kläger zu kurz gekommen, trotzdem er pro Tag 18–20 Mk. zusammengespült hatte. Er verlangte eine Restensabfindung, die ihm das Gewerbegericht auch zuerkannte, und zwar 5 Mk. Bohn pro Tag.

Zwei Paar Stiefel! Das Schöffengericht in Straßburg verurteilte einen Arbeiter, der nach seiner eignen Aussage unter dem Einflusse wirtschaftlicher Notlage „mutwillig“ einen Feuermelder getrimmerte und dadurch die Feuerwehrrückmeldung alarmierte, zu fünf Monaten Gefängnis. In der gleichen Verhandlung wurde ein Beamter, der den gleichen Streich verübt hatte, aber unter der Einschätzung eines „Studentenults“, zu 800 Mk. Geldstrafe verurteilt!

Änderung im Postverkehre. Vom 1. April an kommt bei Beförderung der gewöhnlichen und Einschreibebriefe im deutschen Reichspostgebiete der Unkunftsstempel in Wegfall. Nur Nachnahmeforderungen und Postaufträge werden mit diesem Stempel noch versehen. Durch diese Anordnung soll eine Vereinfachung und Beschleunigung im Postdienst erreicht werden.

Grubenunglück. Auf der Zeche Wilhelmshacht in Hohnhof bei Zwickau ging die Fördermaschine durch, d. h. sie konnte nicht im richtigen Moment zum Stillstande gebracht werden, infolgedessen stieß das Fahrgerüst mit voller Wucht auf die Fahrsohle. Dadurch verunglückten über zwanzig Bergleute.

Briefkasten.

G. G. in Berlin: Das nennt man aber Peß! Da wir dieses ganz absonderliche Maßgebe aber unter allen Umständen vermeiden möchten, haben wir nach einigen Abänderungen die nicht komplette Zuschrift trotz Unwimmeln dennoch aufgenommen. Es fehlt nun bloß, daß Sie darüber Bescheid einreichen. Gruß! — C. W. in Stuttgart: 1,25 Mk. — Th. in Chemnitz: 1,25 Mk. — G. P. in Teplitz-Schönau: 1,55 Mk. — W. Sp. in

Mühlhausen: Derartige Inserate werden mit 50 Pf. berechnet, einen Ausnahmepreis können wir nicht gewähren.

Druckfehlerberichtigung: Bedäglich, um dem Herrn Hoffsch den Wind aus den Segeln zu nehmen, sei in der Korrespondenz aus Bielefeld in Nr. 35 richtig gestellt, daß es heißen muß: „die auf 500 Mitglieder schon einen Beamten“ usw. Der aufmerksame Leser wird ja das ohne weiteres schon so gelesen haben.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 28, Mariendorfer Straße 13. I. Fernspruchamt VI, 11191.

Gau Posen. Der Gaultag findet am 23. Mai in Posen statt. Anträge hierzu sind bis zum 3. Mai an den Gauvorsitzer zu senden.

Schleswig-Holstein. Zum Gaultag in Neumünster am 9. April wurden folgende Kollegen als Delegierte gewählt: F. G. Doose (Upenrade), M. Siegel (Bergedorf), W. Fischer (Blantensee), M. Schmidt (Bordesholm), M. Schöff (Wrestum), E. Nietner (Gdenförde), W. Raab (Emsbom), G. Hagelstein (Gutin), J. Chr. Heilmann, W. M. Husfeldt, A. Jahnke und R. Meyer (Flensburg), J. Söder (Glückstadt), J. Müller (Gadersleben), J. Blunt (Heide), R. Striepe (Husum), G. Hübn und E. Walthar (Tseho), E. Vanger (Kappeln), E. König, M. Kälner, F. Gösch, B. Grüniger, J. Krause, B. Burthardt, E. Stieper, W. Eschholz, R. Lorenzen, G. Hutenschn und D. Kasten (Kiel), E. Clasen (Marne), S. Friedrichsen (Weldorf), R. Knade und E. Winn (Neumünster), G. Nielsenberger (Neustadt i. S.), B. Gierckens (Oldesloe), B. Sohmman (Bimberg), F. Kortum (Plön), R. Wieland (Rendsburg), F. Maas (Schleswig), E. Blund (Segeberg), J. Thomßen (Sonderburg), E. Schmelzer (Süderbrarup), G. Wilhelm Londen.

Berzirk Sagen. Die Herren Verbandsfunktionäre werden um die Adresse des Druckers Max Zielinski aus Marienwerder (Hauptbuchnummer 84048) an den Bezirkskassierer August Steinmann, Lange Straße 28, gebeten.

Erfurt. Um Angabe der Adresse des Seher's Willi Fühllein aus Halle ersucht A. Stange, Friedrich-Wilhelms-Platz 6/9 IV.

Würzburg. Als Delegierte zum Gaultage wurden gewählt die Kollegen: Hans Emmertich, Jaf. Schöffel, Hans Schöffel und Franz Baier.

Adressenänderungen.

Hohenstaufen. Vorsitzender: A. Jachowzowski, Georgenstr. 9.

Karlsruhe. (Vereinigung der Stereotypen und Galvanoplasten Südwestdeutschlands.) Vorsitzender: R. J. Bach, Forst bei Bruchsal; Kassierer: Heinrich Hilker, Karlsruhe, Kapellenstraße 12.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Greifswald die Maschinenseher I. Johannes Krüger, geb. in Greifswald 1877, ausgel. das. 1895; 2. Robert Hoig, geb. in Greifswald 1874, ausgel. das. 1893; 3. der Seher Paul Lehmann, geb. in Neubrandenburg i. M. 1876, ausgel. das. 1893; waren schon Mitglieder. — Hermann Niethje in Straßburg, Steinwischstraße 1.

In Lüben der Seher Rudolf Schöbel, geb. in Wirtzig 1883, ausgel. das. 1902; war schon Mitglied. — Paul Jänisch in Biegnitz, Friedrichstraße 30.

In Mannheim der Seher und Drucker Leon Werfke, geb. in Kaiserslautern 1886, ausgel. in Mannheim 1904. — R. Käufer, Friedrichsring 10 V.

In Wilhelmshausen der Seher Alexander Hoyer, geb. in Göttingen 1866, ausgel. in Mühlhausen i. Th. 1885; war schon Mitglied. — Karl Cassé in Bimberg, Rauensteinstraße 4 p.

Schweizerischer Typographenbund.

Warnung. Da das gesamte Personal der Buchdruckerei Davos (N.-O.) die Kündigung eingereicht hat, ist Zugang fernzuhalten.

Bern. Das Verbandssekretariat. **Luzern.** Der Kollege Ferdinand Dessau aus Braunschweig, geboren 1886, zuletzt hier selbst in Konstantinopel, wird aufgefordert, innerhalb 14 Tagen sein Verbandsbuch einzulösen, da sonst Ausschluss erfolgt.

Versammlungskalender.

Blankenburg am 3. April, Versammlung Sonnabend, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Blankenburger Hof“ (Otto Helm).
Sornau. Versammlung Sonnabend, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Restaurant „Zimmerhof“.
Gessenau. Versammlung Sonnabend, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Haus“,
Dessau. Versammlung Sonnabend, den 3. April, präzis 8 1/2 Uhr abends, im Vereinslokale „Schultheiß“.
Bredow. Versammlung Sonnabend, den 4. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Frau Kaufmannstraße.
— Versammlung Sonnabend, den 4. April, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokale.

An die organisierte Arbeiterschaft Leipzigs und Umg.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wandte sich Ende vorigen Jahres mit einem Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft, in dem aufgefordert wurde,

die Friseurgehilfen in der Agitation zu unterstützen.

Begründet wurde die Aufforderung damit, daß die Agitation unter den Friseurgehilfen äußerst schwierig zu betreiben sei. Durch die rückständigen Berufsverhältnisse sei es dem Friseurgehilfenverband fast unmöglich gemacht, selbständig nutzbringende Agitation zu entfalten, deshalb müsse die Arbeiterschaft aus Solidarität mit eingreifen. Die Generalkommission verweist auch auf den **Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses**, welcher lautet:

Der Fünfte Kongreß der Gewerkschaften erklärt:

Da die Agitation unter den Barbier- und Friseurgehilfen infolge der rückständigen Verfassung des fraglichen Gewerbes **außerordentlich erschwert** ist, und der Barbier-Innungsbund einen „**vorzüglichen Erlennungsdiens**“ unterhält, um den Gehilfen die **Ausübung des Koalitionsrechts zu veragen**, ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit zur Aufklärung der Gehilfen benützen und nötigenfalls ihren Einfluß geltend machen, um die Geschäftsinhaber zu bewegen, **das Koalitionsrecht anzuerkennen**.

Anschließend hieran richtet auch die Leipziger Zahlstelle des Verbandes der Friseurgehilfen an die Leipziger Arbeiter das Ersuchen, die vorstehende Aufforderung streng zu beachten und bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Friseurgehilfen **nach ihrer Organisationszugehörigkeit zu fragen** und wenn die Gehilfen nicht im Besitze der Verbandspapiere sind, sie **über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären**.

Auch in Leipzig ist die Agitation unter den Friseurgehilfen sehr schwierig. Um die Arbeitsverhältnisse zu bessern, wurden von der Organisation weder Kosten noch Mühe gescheut, trotzdem ist die Zahl der Verbandsmitglieder fast dieselbe geblieben.

Die Arbeitszeit der Friseurgehilfen ist fast doppelt so lang wie die der Arbeiter anderer Berufe.

Sie beginnt morgens zwischen 6—7 Uhr und endet zwischen 9—10 Uhr abends. **Mittagspausen** sind in der Regel nur dort üblich, wo mit der Organisation ein Tarifvertrag abgeschlossen worden ist. Die „**Böhne**“, besser gesagt, das Trinkgeld, das die Friseurgehilfen von ihren Meistern bekommen, ist **so niedrig bemessen**, daß viele nur noch mit finanzieller Unterstützung ihrer Eltern existieren können. Nur dort, wo der Tarifvertrag eingehalten wird, beträgt die wöchentliche Entschädigung 13 Mk. und halbe Kost und Logis, oder 19 Mk., ohne Kost und Logis.

Man sollte nun meinen, daß die Friseurgehilfen ihrer Organisation zueilen würden, um vereint eine bessere Lebenslage für sich zu erkämpfen. Das ist aber leider nicht der Fall. Viele der Herren Meister geben sich die größte Mühe, **um die Gehilfen von der Organisation fernzuhalten**. Da wird den Gehilfen erzählt, daß sie doch bald Meister würden, und daß deshalb die Zugehörigkeit zur Organisation unnützlich sei, und anderes mehr. Am meisten der Organisation hinderlich ist der **Kost- und Logiszwang**. Durch diesen Zwang sind die Gehilfen unter steter Aufsicht der Arbeitgeber, und sorgsam wird der Gehilfe beobachtet, damit er nicht etwa mit aufgeklärten Berufsgenossen oder mit Klassenbewußten Arbeitern in Berührung kommt.

Diese Zustände im Barbiergewerbe, die der Agitation und Organisation erhebliche Schwierigkeiten bereiten, dürften für die übrige Arbeiterschaft der Beweis sein, wie dringend notwendig ihre Unterstützung für die Friseure ist. Deshalb sollte es sich jeder Arbeiter zur Pflicht machen, überall, wo er mit unorganisierten Friseurgehilfen zusammenkommt, diese **aufzuklären**, um sie ihrer Organisation, dem **Verband der Friseurgehilfen Deutschlands** zuzuführen.

Hoch die Solidarität!

Der Zweigverein Leipzig
des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands.

Bitte wenden!

Zur Orientierung fügen wir die Geschäfte an, wo bereits Mitglieder des Verbandes beschäftigt sind; in den mit * versehenen Geschäften ist auch der Tarif anerkannt:

Leipzig-Zentrum.

Herr *Arnold, Bayerische Straße 54.
 " *G. Kayser, Seeburgstraße 62.
 Fräulein Kreuziger, Guttrichstraße 1.
 Herr *Gertel, Südstraße 28.
 " *Kohner, Bayerische Straße.
 " *Kettelbusch, Nürnberger Straße 43.
 " *Reinhardt, Kochstraße 25.
 " *Reinhardt, Naundörfschen 2.
 " *Stamwig, Bayerische Straße 24.
 " *Kliewisch, Körnerstraße 18.
 " Weber, Braustraße, Ecke Dufourstraße.
 " Schrader, Promenadenstraße, Ecke Wiesenstraße.

Osten.

O.-Anger.

Herr *Bergmann, Siphoniusstraße 16.
 " *Gehrman, Martinstraße 4.
 " *Günther, Zweinaundorfer Straße 67.
 " *Müller, Mölkauer Straße 23.
 " *Schwertfeger, Rudolfsstraße 1.
 " *Weidig, Bernhardtstraße 17.
 " *Leichsenring, Breite Straße.

O.-Neustadt.

Herr *Lydinsky, Lauchaer Straße 6.
 " *Eckhäuser, Mariannenstraße.
 " *Seimbach, Kirchstraße 87.
 " Berger, Ludwigsstraße.

O.-Neuditz.

Herr *Groher, Augustenstraße 1.
 " *Jakobs, Dresdner, Ecke Heinrichstr.
 " *Gwens, Täubchenweg 55.
 " *Tiede, Täubchenweg 63.
 " *Bildmann, Dresdner Straße 129.
 " *Döfler, Comeniusstraße 1.

O.-Seckerhaußen.

Herr *Schröck, Würzner Straße 79.
 " *Glajus, Würzner Straße 22.

O.-Volkmarisdorf.

Herr *Ghoff, Kirchstraße 84.
 " *Klemming, Hildegardstraße.
 " *Heiß, Jbastraße 23.
 Frau verm. *Preisch, Bergstraße 89.
 Herr *Sauerjass, Kirchstraße.
 " *Welk, Jbastraße 2.

O.-Neuschönefeld.

Herr *Wartel, Konradstraße 26.

Schönefeld.

Herr *Schreiner, Dimpfelstraße.

Sitzing.

Herr *Bruchardt, Leipziger Straße 2.

Naundorf.

Herr Hiltmann, Dresdner Straße.

O.-Thonberg.

Herr *Klaus, Reichenhainer Straße.

Stötterich.

Herr *Adam, Leipziger Straße 1.
 " *Hilg, Hauptstraße 64.
 " *Römer, Ferdinand-Jost-Straße 50.
 " *Kauschenbach, Christ-Weiße-Str. 34.
 " *Kloß, Kirchstraße 1.

Süden.

O.-Connewitz.

Herr *Grubne, Bornaische Straße 85.
 " *Henning, Bornaische Straße 49.
 " *Schneider, Biedermannstraße 46.

Döllig.

Herr *Peter, Bornaische Straße.

Dehsch.

Herr *Peters, Hauptstraße 41.

Gautsch.

Herr Stolle, Dehscher Straße 55.

Wöbiger.

Herr *Matthes, Hauptstraße.

Westen.

O.-Lindenau.

Herr *Klorstädt, Kaiserstraße 23.
 " *Koch, Guthsmuthsstraße.
 " *Pitter, Kaiserstraße.
 " *Müller, Murekensstraße.
 " *Kohappfel, Hahnemannstraße 10.
 " *Rudolf, Burgauenstraße 1.
 " *Kraack, Albertinerstraße.
 " *Spindler, Gumborfer Straße 14.
 " *Witzsche, Gumborfer Straße 30.
 " *Folgtmann, Albertinerstraße.
 " *Schulze, Hellmuthstraße.
 " *Seimbach, Guthsmuthsstraße 39.
 " *Heilig, Gumborfer Straße 40.
 " *Schurke, Gumborfer Straße.

O.-Plagwitz.

Herr *Junkhuhn, Friedrich-August-Str. 25.
 " *Pahn, Weissenfeller Straße 58.
 " *Felderer, Ziegelfstraße 9.
 " *Berendt, Bischofische Straße 73.
 " *Luther, Gießerstraße 22.

O.-Schleusig.

Herr *Schumann, Jahnstraße 25.
 " *Schubert, Könnertstraße 60.

O.-Kleinzschocher.

Herr *Glasbedt, Dieskaustraße 1.
 " *Garms, Klingensstraße 42.
 " *Lay, Dieskaustraße 23.
 " *Reichner, Antonienstraße.
 " *Niesler, Gießerstraße 68.
 " *Kabe, Gustav-Adolf-Straße 13.
 " *Pilliger, Dieskaustraße 73 und
 Schönauer Weg 1.

Großzschocher.

Herr *Witzsche, Hauptstraße.

Dehsch.

Herr *Träger, Hauptstraße 86.
 " *Goch, Lindenauer Straße.
 " *Schröder, Hauptstraße 14.
 " *Sartmann, Barnecker Straße 8.
 " *Serfarth, Barnecker Straße.

Markranstädt.

Herr *Hottmann, Zwenkauer Straße.
 " *Banngardt, Parkstraße 2.

Norden.

O.-Guttrich.

Herr *Hauptold, Raßbachstraße 35.

O.-Gohlis.

Herr *Helking, Breitensfelder Straße.
 " *Helking, Andentaler Straße.
 " *Orlamünde, Georgstraße.

Möckern.

Herr *Wünsche, Neßlere Hallische Straße.
 " *Kleinert, Königin-Carola-Straße 2.

Wahren.

Herr *Liß, Albertstraße.

